

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 51/2021

23. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen zur Anschaffung und Errichtung von Sirenen (RL Sirenenförderung) vom 6. Dezember 20211647

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen (KomPolFördRL) vom 7. Dezember 20211650

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen – Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die kommunalen Wahlbeamten und ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden Az.: 32-S 2337/19/90-2021/49272, 32-S 2337/15/179-2021/49274 vom 7. Dezember 20211652

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/23/44-2021/77202 vom 2. Dezember 2021 Kirchengesetz zur Änderung kirchensteuerrechtlicher Vorschriften (5. Kirchensteuerrechtsänderungsgesetz – 5. KiStRÄG) vom 12. November 20211655

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Anforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 7. Dezember 20211657

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Höhe der Pauschalen für ESF-Förderprogramme im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 24. November 20211659

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für das Jahr 2022 vom 8. Dezember 20211669

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Genehmigung nach dem Verpackungsgesetz Az.: 45-8601/17/17 vom 7. Dezember 20211686

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Genehmigung nach dem Verpackungsgesetz Az.: 45-8601/17/16 vom 7. Dezember 20211688

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Straße Am Buchenberg in Mittweida“ vom 3. Dezember 20211690

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage zum Schmelzen und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei) der Firma Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH am Standort Rackwitz – Änderungen zum Erörterungstermin – Gz.: 44-8431/2514 vom 9. Dezember 20211692

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Claudius Augustus Familienstiftung Gz.: 20-2245/684/1 vom 10. Dezember 20211694

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vom 6. Dezember 20211695

Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vom 2. Dezember 2021	1696
Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Zweckvereinbarung über ein gemeinsames Standesamt zwischen der Gemeinde Stützengrün und der Gemeinde Schönheide vom 6. Dezember 2021	1697
Aufhebungsvereinbarung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes vom 26. Oktober 2021	1698
Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um die Gebiete der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau vom 6. Dezember 2021	1699
Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen sowie zur Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um das Gebiet der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau und dessen Finanzierung	1700
Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig der Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung von Schulbezirken zwischen der Stadt Grimma und der Stadt Colditz vom 6. Dezember 2021	1703

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen zur Anschaffung und Errichtung von Sirenen (RL Sirenenförderung)

Vom 6. Dezember 2021

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Warninfrastruktur in den Ländern – Sonderförderprogramm Sirenen – vom 1. September 2021 in Verbindung mit § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, und dieser Richtlinie Zuwendungen zur Anschaffung und Errichtung von Sirenen zur Warnung und Information sowie Entwarnung der Bevölkerung bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
2. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

1. Gefördert werden:
 - a) Anschaffung und Errichtung elektronischer Sirenen mit Akkupufferung (im Falle eines Stromausfalls müssen noch mindestens vier Warn- und Entwarnzyklen durchlaufen werden können) und einem Schallpegel von mindestens 101 dB(A) in 30 m Entfernung,
 - b) Anschaffung und Errichtung von unter Buchstabe a genannten Sirenen als freistehende Masterrichtung einschließlich der Errichtung und Installation freistehender Befestigungsmasten sowie von Befestigungsanlagen an Gebäuden, die den aktuellen Sicherheits- und Baustandards entsprechen, sowie Anschlussleitungen und Anschlussarbeiten,
 - c) Anschaffung und Installation von digitalen Sirenensteuerempfängern, die für die Auslösung der Sirenen durch die Integrierte Regionalleitstelle und die Wiedergabe der landeseinheitlichen Sirenensignale

erforderlich sind und eine Ansteuerung der Sirene über das TETRA BOS-Digitalfunknetz ermöglichen.

2. Nicht förderfähig sind insbesondere:
 - a) Unterhaltung, Wartung, Instandsetzung und der Betrieb der Sirenen,
 - b) Beschaffung gebrauchter Sirenen,
 - c) Analoge Sirenensteuerempfänger oder Sirenensteuerempfänger zur Ertüchtigung bestehender Sirenen, die nach den Zuwendungsvoraussetzungen dieser Richtlinie nicht förderfähig wären,
 - d) Frequenznutzungsbeiträge,
 - e) Kaufpreis, Miete oder Pacht für Aufstellorte/-gebäude der Sirenen
 - f) Gutachterkosten.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Landkreise, Kreisfreien Städte und Gemeinden im Freistaat Sachsen.

Eine Weiterleitung der gewährten Zuwendungen an Dritte ist ausgeschlossen.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Zuwendungen werden nur dann gewährt, wenn
 - a) der Landkreis oder die Kreisfreie Stadt Gefährdungsschwerpunkte feststellt, aus denen die Bedeutung des Sirenenstandortes für die Warnung und Information sowie Entwarnung der Bevölkerung bei außergewöhnlichen Ereignissen und im Katastrophenfall als fachlich notwendig hervorgeht oder
 - b) aufgrund der örtlichen oder demografischen Gegebenheiten (zum Beispiel überwiegend ältere Bevölkerung, kein oder unzureichendes Mobilfunknetz) die Bedeutung des Sirenenstandortes für die Warnung und Information sowie Entwarnung der Bevölkerung bei außergewöhnlichen Ereignissen und im Katastrophenfall als notwendig erachtet wird.
2. Die unter Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a bis c genannten Sirenen und Sirenensteuerempfänger sind nur zuwendungsfähig, wenn sie den Technischen Richtlinien der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (TR-BOS), der BDBOS-Zertifizierungsverordnung (BDBOSZertV) sowie den DIN-Normen, insbesondere für Sirenen und Schalldruckpegel, entsprechen und

zusätzlich zu dem bestehenden Netz über das TETRA BOS-Digitalfunknetz angesteuert werden können.

3. Zuwendungen werden nur für die unter Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a bis c genannten Sirenen und Sirenensteuerempfänger gewährt, welche die Wiedergabe der vom Staatsministerium des Innern festgelegten landeseinheitlichen Sirensignale gewährleisten.
4. Zuwendungen werden nur gewährt, wenn der Bewilligungsbehörde der genaue Standort anhand eines einheitlich festgelegten Koordinatensystems der neu errichteten oder ertüchtigten Sirene mitgeteilt wird. Die Festlegung eines einheitlichen Koordinatensystems erfolgt durch das Staatsministerium des Innern. Zusätzlich wird die Adresse/Subadresse benötigt, mit der sich die Sirene in der Fläche einer Gemeinde/eines Stadtteils oder eines Landkreises/einer Kreisfreien Stadt ansteuern lässt.
5. Zuwendungen werden nur gewährt, wenn die Bereitschaft besteht, die Sirenen in das Modulare Warnsystem (MoWaS) dauerhaft einbinden zu lassen (die tatsächliche Einbindung erfolgt zu gegebener Zeit durch den Bund).
6. Die Gesamtfinanzierung der Fördermaßnahme einschließlich der Folgekosten muss gesichert sein. Soweit der Zuwendungsempfänger nicht Eigentümer des Grundstücks/der baulichen Anlage ist, auf welchem/auf welcher die Sirene beziehungsweise Sirenenanlage installiert wird, soll eine dauerhafte zweckentsprechende Nutzung zur Erreichung des Förderzweckes sichergestellt werden.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird im Wege der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.
2. Die Zuwendung wird als Zuschuss bewilligt.
3. Die Höhe der Zuwendung bemisst sich nach der Anlage. Sind die Anschaffungs- und Errichtungskosten geringer, wird maximal ein Zuschuss in Höhe der tatsächlichen Anschaffungs- und Errichtungskosten gewährt.
4. Zuwendungen können abweichend von Nummer 1.1 Satz 2 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK) in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung auch bewilligt werden, wenn die Zuwendung im Einzelfall 10 000 Euro und weniger beträgt.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Die Zuwendungen dürfen gemäß § 4 Absatz 5 der Bund-Länder-Vereinbarung über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Warninfrastruktur in den Ländern – Sonderförderprogramm Sirenen – nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die nicht vor dem 1. Januar 2021 begonnen wurden. Als Beginn gilt der Zeitpunkt des unbedingten Vertragsschlusses (keine auflösende oder aufschiebende Bedingung nach § 158 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

2. Eine Verrechnung zwischen verschiedenen geförderten Anlagen ist nicht möglich. Die Fördersumme eines Standortes ist nicht, auch nicht teilweise, auf einen anderen Standort übertragbar.
3. Im Bewilligungsbescheid ist darauf hinzuweisen, dass die Förderung auf Finanzhilfen des Bundes beruht.
4. Die Zuwendungsempfänger haben auf die Förderung durch den Bund während der Errichtung der Sirenenanlage und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen.
5. Durch die Zuwendungsempfänger ist die Förderung durch den Bund in der öffentlichen Kommunikation (zum Beispiel Pressemitteilungen, Veröffentlichungen, Internet, Veranstaltungen) angemessen darzustellen.

VII.

Verfahren

1. **Antragsverfahren**
Anträge auf Zuwendungen sind bis spätestens 15. Februar 2022 über die zuständigen Landkreise sowie durch die Kreisfreien Städte bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. Die Landkreise und Kreisfreien Städte nehmen eine Priorisierung der Anträge ihrer Gemeinden beziehungsweise ihrer eigenen Anträge anhand der ihnen durch die Bewilligungsbehörde zugeteilten Fördermittel (einschließlich der Berücksichtigung von Reserveanträgen, falls Fördermittel nicht vollständig ausgeschöpft werden) vor. Der maximale Förderrahmen pro Landkreis und Kreisfreier Stadt bestimmt sich zu 35 Prozent nach der Einwohnerzahl und zu 65 Prozent nach der Gebietsfläche des Landkreises beziehungsweise der Kreisfreien Stadt nach Maßgabe der Daten des Statistischen Landesamtes zum Stand 31. Dezember 2020 und wird durch das Staatsministerium des Innern festgelegt. Eine Übersteigung des maximalen Förderrahmens ist möglich, wenn die Fördermittel durch die Landkreise beziehungsweise Kreisfreien Städte nicht vollständig ausgeschöpft werden. Sofern die Fördermittel auch unter Berücksichtigung von Reserveanträgen nicht ausgeschöpft werden, wird das Staatsministerium des Innern eine weitere Antragsfrist bekannt geben.
2. **Bewilligungsverfahren**
Bewilligungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen.
3. **Anforderungs- und Auszahlungsverfahren**
Die Auszahlung erfolgt nach Fertigstellung/Errichtung der Sirene beziehungsweise Sirenenanlage. Hierzu ist der Auszahlungsantrag durch den Zuwendungsempfänger unverzüglich nach Fertigstellung/Errichtung der Sirene beziehungsweise Sirenenanlage bei der Bewilligungsstelle einzureichen.
4. **Verwendungsnachweisverfahren**
 - a) Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde für jede geförderte Sirene oder Sirenenanlage spätestens vier Wochen nach Vorlage der Gesamtrechnung einen Verwendungsnachweis entsprechend der Vorgaben des Bundes aus der Anlage 4 zur Bund-Länder-Vereinbarung zum Sonderförderprogramm Sirenen vorzulegen.
 - b) Durch die Bewilligungsbehörde ist dem Staatsministerium des Innern jeweils zum Stand 31. Dezember 2021, 30. Juni 2022, 31. Dezember 2022 und 31. Dezember 2023 eine Übersicht zu den

ausgewählten Fördervorhaben mit Angaben über Projektart (Neustandort, Ersatzanlage oder Modernisierung einer Anlage), konkreten Standort anhand eines vom Staatsministerium des Innern einheitlich festgelegten Koordinatensystems und die Höhe der geförderten und bis zum 31. Dezember 2022 abgerufenen Ausgaben zu übermitteln. Diese soll anhand der unter Buchstabe a genannten Vorgaben des Bundes erstellt werden.

- c) Nach Beendigung des Programms ist dem Staatsministerium des Innern durch die Bewilligungsbehörde eine zusammenfassende Gesamtdarstellung über die geförderten Maßnahmen entsprechend der Vorgaben des Bundes vorzulegen.
- d) Soweit die zuwendungsfähigen Ausgaben die bewilligten Festbeträge nicht erreichen, ist der übersteigende Betrag zurückzufordern.

5. Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

VIII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.

Dresden, den 6. Dezember 2021

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Anlage (zu Ziffer V Nummer 3)

Höhe der Festbetragsförderung (brutto)

Sirenen in Dach-/Gebäudemontage	Förderung
Sirene	8 500 €
Errichtungskosten*	1 500 €
Sirenensteuergerät	850 €
Gesamt	10 850 €

Sirene als freistehende Masterrichtung	Förderung
Sirene	8 500 €
Errichtungskosten*	3 000 €
Sirenensteuergerät	850 €
Mastkosten**	5 000 €
Gesamt	17 350 €

Ersatz oder Ergänzung bestehender Sirenenansteuerung gemäß Anforderung	Förderung
Sirenensteuergerät	850 €
Installation	150 €
Gesamt	1 000 €

* Die Errichtungskosten enthalten Personalkosten (zum Beispiel Steiger, Monteure), Kosten für Elektroinstallation, Stege, Altanlagenrückbau, Blitzableiter, Laufroste, Kosten für Hubarbeitsbühnen, Stromversorgung, Umzäunung et cetera. Hiermit sind die Errichtungskosten abgegolten.

** Die Mastkosten enthalten den Mast, die Fundamentierung und die dazugehörigen Personalkosten.

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen (KomPolFördRL)

Vom 7. Dezember 2021

Im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen wird folgende Richtlinie erlassen:

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen zur kommunalpolitischen Bildung.
2. ¹Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. ²Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

¹Gefördert wird die kommunalpolitische Bildungsarbeit im Rahmen des satzungsmäßigen Zwecks der antragsberechtigten kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen. ²Durch die Vermittlung von Kenntnissen über kommunale Institutionen, Rechtsvorschriften, Willensbildungsprozesse, Politikfelder und Kommunikationsverfahren sollen die aktive Teilnahme am kommunalpolitischen Leben gefördert und die Bürger zur Übernahme kommunalpolitischer Verantwortung befähigt werden. ³Kommunalpolitische Bildung wird regelmäßig durch Bildungsveranstaltungen in Präsenz- oder Onlineformaten zum Beispiel Schulungen, Tagungen, Konferenzen und Podcasts sowie durch Publikationen vermittelt.

III.

Zuwendungsempfänger

Die möglichen Zuwendungsempfänger ergeben sich aus den verbindlichen Erläuterungen zum Fördertitel im Haushaltsplan des Staatsministeriums des Innern.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. ¹Kommunalpolitische Bildungsvereinigungen sind rechtlich selbstständige und organisatorisch unabhängige Organisationen. ²Inhaber von hervorgehobenen Funkti-

onen in den ihnen nahestehenden Parteien oder Wählervereinigungen dürfen nicht gleichzeitig hervorgehobene Funktionen in den Organen der kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen ausüben. ³Kommunalpolitische Bildungsvereinigungen dürfen keine Leistungen für die ihnen nahestehenden Landesverbände erbringen, insbesondere dürfen Personal sowie Sach- und Haushaltsmittel der kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen nicht für Zwecke von Parteien und Wählervereinigungen eingesetzt werden. ⁴Kommunalpolitische Bildungsvereinigungen müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen und haben eine den Werten des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten.

2. ¹Die Zuwendung kann erst bewilligt werden, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers für den Bewilligungszeitraum vom jeweils zuständigen Gremium beschlossen worden ist. ²Neben dem Haushalts- oder Wirtschaftsplan ist der Bewilligungsbehörde auch ein Organisations- und Stellenplan des Zuwendungsempfängers vorzulegen.
3. ¹Die Angebote müssen allen interessierten Bürgern zugänglich sein. ²Die Mindestteilnehmerzahl soll sechs Personen (ohne Referenten und Mitarbeiter der Bildungsvereinigung) betragen. ³Die Bildungsveranstaltungen sind grundsätzlich im Freistaat Sachsen durchzuführen. ⁴Auf Antrag kann das Staatsministerium des Innern Ausnahmen von Satz 3 zulassen, soweit ein sachlicher Grund vorliegt.

V.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

1. Die Zuwendungen werden im Wege der institutionellen Förderung gewährt.
2. Die Zuwendungen erfolgen als Anteilsfinanzierung.
3. Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendung in Form eines Zuschusses.
4. ¹Zuwendungsfähig sind bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch der für jede kommunalpolitische Bildungsvereinigung in den verbindlichen Erläuterungen zum Fördertitel im Haushaltsplan festgestellte Höchstbetrag. ²Eigeneinnahmen sind alle kassenwirksamen Einnahmen, die keine staatlichen Zuwendungen sind. ³Für Bildungsveranstaltungen kann ein Teilnehmerentgelt erhoben werden.
5. ¹Bei der Mittelverwendung sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. ²Die Summe der Ausgaben für
 - Personal- und Personalnebenkosten sowie allgemeine Reise- und Fortbildungskosten,

- Mieten einschließlich Mietnebenkosten für die Geschäftsstelle,
 - Geschäftsbedarf,
 - Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Geschäftsstelle
- darf bis zu 60 Prozent der im Haushalts- oder Wirtschaftsplan enthaltenen zuwendungsfähigen Ausgaben betragen.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

¹Der Bewilligung liegen die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) zugrunde. ²Die ANBest-I werden Bestandteil des Zuwendungsbescheides. ³Die Zuwendungen können entsprechend der jeweils geltenden Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im jeweiligen Haushaltsjahr oder entsprechend sonstigen haushaltsrechtlichen Ausgabebeschränkungen vermindert werden.

VII.

Verfahren

1. Die Förderanträge sind beim Staatsministerium des Innern unter Verwendung der dort erhältlichen Vordrucke zu stellen.

2. Die Förderanträge sind bis spätestens zum 31. März des jeweiligen Haushaltsjahres einzureichen.

3. ¹Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind. ²Dem zahlenmäßigen Nachweis der Verwendung ist der Bericht eines sachverständigen Prüfers, zum Beispiel eines Wirtschaftsprüfers, über die zweckentsprechende sowie wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Zuwendung beizufügen.

VIII.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Richtlinie tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen vom 12. Januar 2016 (SächsABl. S. 114), die durch die Richtlinie vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 3) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDr. S. S 339), außer Kraft.

Dresden, den 7. Dezember 2021

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift

des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die kommunalen Wahlbeamten und ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

**Az.: 32-S 2337/19/90-2021/49272,
32-S 2337/15/179-2021/49274**

Vom 7. Dezember 2021

A. Allgemeines

Entschädigungen an kommunale Wahlbeamte und an Mitglieder kommunaler Volksvertretungen werden aufgrund kommunalrechtlicher Bestimmungen gezahlt.

Für kommunale Wahlbeamte (Landräte, Bürgermeister, Beigeordnete, Ortsvorsteher, Verbandsvorsitzende von Verwaltungsverbänden und Amtsverweser) ist die Höhe der Aufwandsentschädigung in entsprechenden Verordnungen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) und für ehrenamtliche Bürgermeister und Ortsvorsteher ab 2018 in § 155a des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, festgelegt.

Die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Volksvertretungen werden aufgrund eigener Entschädigungsregelungen der jeweiligen Vertretungen festgelegt und gezahlt.

Die steuerliche Behandlung der gezahlten Aufwandsentschädigungen ist wegen der unterschiedlichen Aufgaben und Rechtsstellung der Empfänger nicht einheitlich. Daher wird im Folgenden die steuerliche Behandlung der Aufwandsentschädigung für

- Kommunale Wahlbeamte (Abschnitt B) und
- Ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Volksvertretungen (Abschnitt C)

unterschieden.

B. Kommunale Wahlbeamte

Steuerrechtlich sind die den kommunalen Wahlbeamten gezahlten Entschädigungen den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit im Sinne des § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 27 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, zuzuordnen. Soweit die Entschädigungen steuerpflichtig sind, unterliegen sie damit dem Steuerabzug vom Arbeitslohn (§§ 38 ff. des Einkommensteuergesetzes). Daher sind auch die ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten im Verfahren der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM)

bei der Finanzverwaltung anzumelden und zugleich deren ELStAM abzurufen. Gegebenenfalls sind die Steuerabzugsbeträge mit der Lohnsteuerklasse VI zu ermitteln.

Steuerfrei sind:

- nach § 3 Nummer 13 des Einkommensteuergesetzes – gegebenenfalls teilweise – die Reisekostenvergütungen, die nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes oder entsprechender Landesgesetze gewährt werden,
- nach § 3 Nummer 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes Aufwandsentschädigungen, soweit sie Aufwendungen abgelten, die einkommensteuerrechtlich als Werbungskosten zu berücksichtigen wären.

Für die Anerkennung steuerfreier Aufwandsentschädigungen gilt Folgendes:

I. Hauptamtliche kommunale Wahlbeamte (Landräte, hauptamtliche Bürgermeister, hauptamtliche Ortsvorsteher et cetera)

Die Höhe der an hauptamtliche kommunale Wahlbeamte zu zahlenden Aufwandsentschädigung wird durch die Kommaldienstaufwandsentschädigungsverordnung vom 3. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 679), die zuletzt durch die Verordnung vom 4. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 730) geändert worden ist, bestimmt.

Die gewährte Aufwandsentschädigung bleibt nach R 3.12 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 der Lohnsteuer-Richtlinien (LStR) in voller Höhe steuerfrei.

II. Ehrenamtliche kommunale Wahlbeamte (ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Ortsvorsteher)

Die Höhe der an ehrenamtliche kommunale Wahlbeamte zu zahlenden Aufwandsentschädigung wurde bis 2017 durch die Aufwandsentschädigungs-Verordnung vom 15. Februar 1996 (SächsGVBl. S. 84), die zuletzt durch die Verordnung vom 26. Oktober 2014 (SächsGVBl. S. 670) geändert worden ist, bestimmt. Diese Verordnung wurde ab 1. Januar 2018 durch eine gesetzliche Regelung in § 155a des Sächsischen Beamtengesetzes abgelöst.

Die gewährte Aufwandsentschädigung bleibt nach R 3.12 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 LStR in Höhe von einem Drittel, mindestens jedoch in Höhe von

Kalenderjahre	2009 bis 2012	2013 bis 2020	ab 2021
monatlicher Mindestbetrag	175 Euro	200 Euro	250 Euro

steuerfrei. Ist die Aufwandsentschädigung niedriger als der vorgenannte monatliche Betrag, so bleibt nur der tatsächlich geleistete Betrag steuerfrei. Die Nachholung von nicht ausgeschöpften Monatsbeträgen in anderen Monaten dieser Tätigkeiten im selben Kalenderjahr ist zulässig; maßgebend für die Ermittlung der in Betracht kommenden Monate ist die Dauer der ehrenamtlichen Funktion beziehungsweise Ausübung im Kalenderjahr (R 3.12 Absatz 3 Satz 8 und 9 LStR).

C. Ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Volksvertretungen

Die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährten Aufwandsentschädigungen unterliegen grundsätzlich als Einnahmen aus sonstiger selbständiger Arbeit im Sinne des § 18 Absatz 1 Nummer 3 des Einkommensteuergesetzes der Einkommensteuer. Dies gilt insbesondere für Entschädigungen, die für Verdienstausschlag oder Zeitverlust gezahlt werden. Die ehrenamtlichen Mitglieder kommunaler Volksvertretungen haben die erhaltenen Aufwandsentschädigungen in der Einkommensteuererklärung anzugeben.

Steuerfrei sind:

- nach § 3 Nummer 13 des Einkommensteuergesetzes – gegebenenfalls teilweise – die Reisekostenvergütungen, die nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes oder entsprechender Landesgesetze gewährt werden,
- nach § 3 Nummer 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes Aufwandsentschädigungen, soweit sie Aufwendungen abgelden, die einkommensteuerrechtlich als Betriebsausgaben berücksichtigungsfähig wären.

Für die Anerkennung steuerfreier Aufwandsentschädigungen gilt Folgendes:

I. Ehrenamtliche Mitglieder eines Gemeinderats

- Pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder sind steuerfrei, soweit sie insgesamt während der Dauer der Mitgliedschaft folgende Beträge nicht übersteigen:

Kalenderjahre	2009 bis 2020		ab 2021	
Steuerfreibetrag	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
in einer Gemeinde oder Stadt mit:				
höchstens 20 000 Einwohnern	104 Euro	1 248 Euro	125 Euro	1 500 Euro
20 001 bis 50 000 Einwohnern	166 Euro	1 992 Euro	199 Euro	2 388 Euro
50 001 bis 150 000 Einwohnern	204 Euro	2 448 Euro	245 Euro	2 940 Euro

150 001 bis 450 000 Einwohnern	256 Euro	3 072 Euro	307 Euro	3 684 Euro
mehr als 450 000 Einwohnern	306 Euro	3 672 Euro	367 Euro	4 404 Euro

Maßgebend ist jeweils die Einwohnerzahl zum Beginn des Kalenderjahres. Die Nachholung nicht ausgeschöpfter Monatsbeträge in anderen Monaten desselben Kalenderjahres ist zulässig. Dabei kann jedoch der steuerfreie Jahresbetrag uneingeschränkt nur dann angesetzt werden, wenn die Mitgliedschaft im Gemeinderat während eines ganzen Kalenderjahres bestanden hat.

- Neben den steuerfreien Beträgen nach Nummer 1 wird die Erstattung der tatsächlichen Fahrtkosten für Fahrten von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück, um an Sitzungen des Gemeinderats, der Fraktion des Ortsvereins, Bürgerversammlungen und ähnlichen teilzunehmen, als steuerfreie Aufwandsentschädigung anerkannt. Bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges für die Fahrten zwischen Wohnung und Sitzungsort ist die Wegstreckenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz oder nach entsprechenden Landesgesetzen maßgebend. Pauschale Fahrtkostenerstattungen – soweit sie zusammen mit den übrigen Entschädigungen die Höchstbeträge nach Nummer 1 übersteigen – sind dagegen selbst dann steuerpflichtig, wenn sie nach Entfernung oder durchschnittlichen Sitzungszahlen gestaffelt sind.
- Die steuerfreien Beträge nach Nummer 1 erhöhen sich für Fraktionsvorsitzende, deren Fraktion mindestens zwei Mitglieder umfasst, auf das Doppelte der Beträge nach Nummer 1. Hat eine Fraktion zwei gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende, gilt die Verdoppelung für jeden der beiden Fraktionsvorsitzenden.

II. Ehrenamtliche Mitglieder eines Kreistags

- Pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder sind steuerfrei, soweit sie insgesamt während der Dauer der Mitgliedschaft folgende Beträge nicht übersteigen:

Kalenderjahre	2009 bis 2020		ab 2021	
Steuerfreibetrag	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
in einem Landkreis mit:				
höchstens 250 000 Einwohnern	204 Euro	2 448 Euro	245 Euro	2 940 Euro
mehr als 250 000 Einwohnern	256 Euro	3 072 Euro	307 Euro	3 684 Euro

Maßgebend ist jeweils die Einwohnerzahl zum Beginn des Kalenderjahres. Die Nachholung nicht ausgeschöpfter Monatsbeträge in anderen Monaten desselben Kalenderjahres ist zulässig. Dabei kann jedoch der steuerfreie Jahresbetrag uneingeschränkt nur dann angesetzt werden, wenn die Mitgliedschaft im Kreistag während eines ganzen Kalenderjahres bestanden hat.

- Ziffer I Nummer 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden.

III.

Ehrenamtliche Mitglieder von Vertretungen der Verwaltungsverbände

Die Regelungen der Ziffer I gelten sinngemäß auch für die Mitglieder von Vertretungen der Verwaltungsverbände. Sie gelten nicht bei kommunalen Zweckverbänden (zum Beispiel Wasserversorgungs- beziehungsweise Abwasserbeseitigungsverband).

IV.

Ehrenamtliche Mitglieder eines Ortschaftsrats

Die Regelungen nach Ziffer I Nummer 1 und 2 gelten sinngemäß auch für die ehrenamtlichen Mitglieder des Ortschaftsrats. Dabei ist jedoch nicht die Einwohnerzahl der Gemeinde oder der Stadt, sondern die der Ortschaft maßgebend.

V.

Mehrfache Mitgliedschaft

Steuerpflichtige, die gleichzeitig Mitglieder mehrerer kommunaler Volksvertretungen sind, können steuerfreie Entschädigungen im Sinne der Ziffern I bis IV nebeneinander beziehen.

VI.

Monatlicher Mindestbetrag

Die pauschalen Entschädigungen und Sitzungsgelder sind mindestens in Höhe des in R 3.12 Absatz 3 Satz 3 LStR genannten monatlichen Mindestbetrags steuerfrei:

Kalenderjahre	2009 bis 2012	2013 bis 2020	ab 2021
monatlicher Mindestbetrag	175 Euro	200 Euro	250 Euro

D.

Wirkung der steuerfreien Aufwandsentschädigung

Mit den nach § 3 Nummer 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Aufwandsentschädigungen sind alle Aufwendungen, die mit dieser Tätigkeit zusammenhängen – mit Ausnahme der erstatteten, nach § 3 Nummer 13 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Reisekosten – abgegolten. Den Empfängern der Aufwandsentschädigungen bleibt es jedoch unbenommen, ihre tatsächlichen Aufwendungen, soweit sie nicht Kosten der Lebensführung sind, die ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung mit sich bringt, gegenüber dem Finanzamt nachzuweisen oder glaubhaft zu machen. In diesem Fall können die tatsächlichen abziehbaren Aufwendungen insoweit, wie sie die steuerfreien Aufwandsentschädigungen übersteigen, als Werbungskosten beziehungsweise Betriebsausgaben berücksichtigt werden.

Die teilweise Anerkennung von pauschalen Steuerfreibeträgen und tatsächlichen Kosten nebeneinander ist nicht möglich; die tatsächlichen Kosten sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie für den gesamten Veranlagungszeitraum und alle Kostenarten einheitlich geltend gemacht werden.

E.

Inkrafttreten und Anwendung

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie ist ab dem Kalenderjahr 2009 anzuwenden und ersetzt den Erlass des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen vom 21. August 2009 zur steuerlichen Behandlung von Entschädigungen, die kommunalen Wahlbeamten und ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden, Az.: 32-S 2337-15/176-39369 / 32-S 2337-19/80-39371 (MBI. SMF 2009 S. 96).

Diese Verwaltungsvorschrift ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und den obersten Finanzbehörden der anderen Länder.

Dresden, den 7. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Dirk Diedrichs
Amtschef

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

Az.: 32-S 2442/23/44-2021/77202

Vom 2. Dezember 2021

Kirchengesetz zur Änderung kirchensteuerrechtlicher Vorschriften (5. Kirchensteuerrechtsänderungsgesetz – 5. KiStRÄG)

Vom 12. November 2021

Aufgrund von Artikel 70 Absatz 1 Nummer 8 der Grundordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vom 21./24. November 2003 (KABl. EKlBB S. 159, ABl. EKsOL 2003/3, S. 7), zuletzt geändert durch Art. 2 des Kirchengesetzes vom 17. April 2021 (KABl. Nr. 52 S. 76, 83) hat die Landessynode das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Kirchensteuerordnung

Das Kirchengesetz über die Erhebung von Kirchensteuern (Kirchensteuerordnung – KiStO ev.) in der Fassung vom 1. Januar 2009 (KABl. S. 2012), das zuletzt durch das Kirchengesetz vom 23. Oktober 2020 (KABl. S. 229) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft wird nach einem gestaffelten Satz erhoben, der durch den Kirchensteuerbeschluss bestimmt wird.“
 - b) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Erhebung beginnt mit dem ersten Tage des Kalendermonats, der auf die Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft folgt. Sie erfolgt für jeden Kalendermonat, während dessen Dauer die glaubensverschiedene Ehe oder Lebenspartnerschaft ganz oder zum Teil bestanden hat.“
2. § 12 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Kirchensteuern können niedergeschlagen werden, wenn zu erwarten ist, dass die Erhebung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Erhebung außer Verhältnis zu dem zu erhebenden Betrag stehen werden.“
3. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:
 - aa) In den Sätzen 1 und 2 wird das Wort „anzubringen“ jeweils durch die Wörter „zu erheben“ ersetzt.
 - bb) Satz 3 wird aufgehoben.

- c) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Über den Rechtsbehelf entscheidet in den Ländern Berlin und Sachsen-Anhalt das Konsistorium, soweit landesrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Im übrigen Kircheng Gebiet entscheidet die nach dem am Wohnsitz des Gemeindemitgliedes geltenden Landesrecht zuständige Behörde über den Rechtsbehelf. Entscheidet nicht das Konsistorium, so ist dieses vor der Entscheidung anzuhören.“

Artikel 2

Änderung des Kirchensteuerbeschlusses

§ 3 Absatz 2 des Kirchengesetzes über die Art und Höhe der Kirchensteuern (Kirchensteuerbeschluss – KiStB ev.) in der Fassung vom 1. Januar 2019 (KABl. 2010 S. 170), das zuletzt durch Artikel 2 des Kirchengesetzes vom 26. Oktober 2018 (KABl. S. 199, 200) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

„(2) Das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe oder Lebenspartnerschaft beträgt:

Stufe	Bemessungsgrundlage in € (gemeinsam zu versteuerndes Einkommen gemäß § 6 Absatz 1 KiStO ev.)		jährliches Kirch- geld in €	monatliches Kirch- geld in €
	Euro		Euro	Euro
1	40.000	bis 47.499	96	8
2	47.500	bis 59.999	156	13
3	60.000	bis 72.499	276	23
4	72.500	bis 84.999	396	33
5	85.000	bis 97.499	540	45
6	97.500	bis 109.999	696	58
7	110.000	bis 134.999	840	70
8	135.000	bis 159.999	1.200	100
9	160.000	bis 184.999	1.560	130
10	185.000	bis 209.999	1.860	155
11	210.000	bis 259.999	2.220	185
12	260.000	bis 309.999	2.940	245
13	310.000	und mehr	3.600	300“

Artikel 3
Bekanntmachungserlaubnis

Das Konsistorium kann den Wortlaut der Kirchensteuerordnung und des Kirchensteuerbeschlusses in der vom Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes an geltenden Fassung im Kirchlichen Amtsblatt bekanntmachen.

Berlin, den 12. November 2021

Harald Geywitz
Präses

Artikel 4
Inkrafttreten

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Das vorstehende Kirchengesetz vom 12. November 2021 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82, BStBl I

S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 2. Dezember 2021

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020

Vom 7. Dezember 2021

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der

nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnittsaufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de

Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)

- Ausgangssituation, Bedarf
- regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
- konkrete Zielbeschreibung
- inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
- Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
 - Verantwortlichkeiten
 - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
 - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
 - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
 - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
 - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
 - Gleichstellung von Frauen und Männern
 - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
 - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier:
<https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 7. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Höhe der Pauschalen für ESF-Förderprogramme im Förderzeitraum 2014 bis 2020

Vom 24. November 2021

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Strukturpolitik. Die Umsetzung der Förderung in Sachsen erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien. Ergänzend zu den Regelungen bezüglich der Pauschalen im Rahmen der Förderrichtlinien werden im Folgenden die Höhen der Pauschalen bekannt gemacht.

**ESF-Richtlinie Berufliche Bildung 2014
vom 12. August 2014 (SächsABl. S. 1038)**

**ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 3. Februar 2016
(SächsABl. S. 228)**

**ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 26. Juni 2017
(SächsABl. S. 901)**

**Erste Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der
ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 17. Juli 2018
(SächsABl. S. 967)**

**Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung
der ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 27. Juli 2021
(SächsABl. S. 1080)**

Weiterbildungsscheck, betrieblich (Teil II Abschnitt 1 Großbuchstabe A)

Es kommen gemäß Nummer 4.3 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert und die Pauschale Einbehalt abgezogen. Die so ermittelten Kosten werden ins Verhältnis zur geplanten Teilnehmerzahl gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Teilnehmer und Lehrgang.

Sofern der Kostenplan abgrenzbare Weiterbildungsmodule ausweist und Teilnehmer bestimmte Module absolvieren, werden Pauschalen wie folgt abgeleitet:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert und ins Verhältnis zur geplanten Teilnehmerzahl sowie zur geplanten Anzahl der Module gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgangsmodule und Teilnehmer.

Die Höhe der Pauschale Einbehalt beträgt 200 Euro. Die Pauschale wird bei Lieferung der längerfristigen Ergebnisindikatoren ausgezahlt.

Weiterbildungsscheck, individuell (Teil II Abschnitt 1 Großbuchstabe B)

Es kommen gemäß Nummer 4.3 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert und die Pauschale Einbehalt abgezogen. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgang.

Sofern der Kostenplan abgrenzbare Weiterbildungsmodule ausweist, werden Pauschalen wie folgt abgeleitet:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert und ins Verhältnis zur geplanten Anzahl der Module gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgangsmodule.

Die Höhe der Pauschale Einbehalt beträgt 200 Euro. Die Pauschale wird bei Lieferung der längerfristigen Ergebnisindikatoren ausgezahlt.

Berufliche Weiterbildung Sachsen (ReactEU) (Teil II Abschnitt 1 Großbuchstabe C Nummer 1.1)

Es kommen gemäß Nummer 4.4 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert. Sofern die auf diesem Wege individuell ermittelte Höhe des gesamten Zuschusses 4 000 Euro beziehungsweise 5 000 Euro (ab 6. Teilnehmer) überschreitet, werden die so ermittelten Kosten aufgrund der Festlegung zur maximalen Zuschusshöhe auf 4 000 Euro beziehungsweise 5 000 Euro gekürzt. Anschließend werden die Kosten ins Verhältnis zur geplanten Teilnehmerzahl gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Teilnehmer und Lehrgang.

Sofern der Kostenplan abgrenzbare Weiterbildungsmodule ausweist und Teilnehmer bestimmte Module absolvieren, werden Pauschalen wie folgt abgeleitet:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert. Sofern die auf diesem Wege individuell ermittelte Höhe des gesamten Zuschusses 4 000 Euro beziehungsweise 5 000 Euro (ab 6. Teilnehmer) überschreitet, werden die so ermittelten Kosten aufgrund der Festlegung zur maximalen Zuschusshöhe auf 4 000 Euro beziehungsweise 5 000 Euro gekürzt.

Anschließend werden die Kosten ins Verhältnis zur geplanten Teilnehmerzahl sowie zur geplanten Anzahl der Module gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgangsmodule und Teilnehmer.

Berufliche Weiterbildung Sachsen (ReactEU)
(Teil II Abschnitt 1 Großbuchstabe C Nummer 1.2)

Es kommen gemäß Nummer 4.4 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert. Sofern die individuell ermittelte Höhe des Zuschusses je Lehrgang 4 000 Euro überschreitet, wird der Kostensatz Weiterbildung aufgrund der Festlegung zur maximalen Zuschusshöhe auf 4 000 Euro gekürzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgang.

Sofern der Kostenplan abgrenzbare Weiterbildungsmodule ausweist, werden Pauschalen wie folgt abgeleitet:

Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden mit dem jeweiligen Fördersatz multipliziert. Sofern die auf diesem Wege individuell ermittelte Höhe des gesamten Zuschusses 4 000 Euro überschreitet, werden die so ermittelten Kosten aufgrund der Festlegung zur maximalen Zuschusshöhe auf 4 000 Euro gekürzt. Anschließend werden die Kosten ins Verhältnis zur geplanten Anzahl der Module gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Lehrgangsmodule.

Vorrang für duale Ausbildung
(Teil II Abschnitt 2 Großbuchstabe D)
und Innovative Vorhaben, Modell- und
Transfervorhaben, Studien
(Teil II Abschnitt 4 Großbuchstabe N)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.3 in Verbindung mit Nummer 5.3 beträgt:

- Nummer 4.3.1 Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4.3.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Nummer 4.3.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4.3.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.3.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesen-

heit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag

- Nummer 4.3.4 Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde (für den Vorhabensbereich „Innovative Vorhaben, Modell- und Transfervorhaben, Studien“ sofern es sich um Qualifizierungen, Beschäftigungsvorhaben oder Konzeptentwicklungen handelt, nicht bei Studien)

Verbundausbildung
(Teil II Abschnitt 2 Großbuchstabe E)

Die Höhe der Pauschale gemäß Nummer 4.2 beträgt bis zum 06.07.2017 22 Euro pro Teilnehmer und Tag, bis Ende des Ausbildungsjahres 2019/2020 beträgt die Höhe der Pauschale gemäß Nummer 4.2 130 Euro je Teilnehmerwoche. Ab dem Ausbildungsjahr 2020/2021 beträgt die Höhe der Pauschale gemäß Nummer 4.2 150 Euro je Teilnehmerwoche.

Zusatzqualifikationen
(Teil II Abschnitt 2 Großbuchstabe F)

Für Vorhaben mit einer Förderhöhe unter 100 000 Euro (ohne Lehrgänge zur Fahrschulausbildung Klasse T) kommen gemäß Nummer 4.1 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

- Die als förderfähig festgestellten Ausgaben und Kosten für den jeweiligen Lehrgang werden in das Verhältnis zur geplanten Teilnehmerzahl und den geplanten Unterrichtsstunden gesetzt. Es ergibt sich eine vorhabensbezogene Pauschale in Euro je Teilnehmerstunde. Die Höhe der Pauschale wird auf 5 Euro je Teilnehmerstunde gedeckelt.

Ab 01.06.2018 beträgt die Höhe der Pauschale für Zusatzqualifikationen gemäß Nummer 4.1 unabhängig von der jeweiligen Förderhöhe 5,20 Euro je Teilnehmerstunde.

Für Lehrgänge zur Fahrschulausbildung Klasse T beträgt die Höhe der Pauschale gemäß Nummer 4.1 760 Euro je Lehrgangsteilnehmer.

Überbetriebliche Lehrunterweisung im Handwerk
(Teil II Abschnitt 2 Großbuchstabe G)

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- ÜLU-Lehrgangspauschalen: verschiedene Sätze je Teilnehmer und Lehrgang gemäß Fördertabellen für die Grund- und Fachstufenlehrgänge der SAB
 - Übernachtungskostenpauschale – Bauberufe: Grundstufe: 31 Euro je Lehrgangswache und Teilnehmer, Fachstufe: 13 Euro je Lehrgangswache und Teilnehmer
 - Übernachtungskostenpauschale – alle Berufe außer Bauberufe: Grundstufe: 61 Euro je Lehrgangswache und Teilnehmer, Fachstufe: 25 Euro je Lehrgangswache und Teilnehmer

Überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen
in der Land-, Forst- und Hauswirtschaft
(Teil II Abschnitt 2 Großbuchstabe H)

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- übA-Lehrgangspauschale – Cluster 1 (Lehrgangstypen: Traktoren, Landtechnik und Druschfrüchte): bis

30.06.2018 237 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, bis 31.07.2020 245 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, ab 01.08.2020 253 Euro je Teilnehmer und Lehrgang

- üBA-Lehrgangspauschale – Cluster 2 (Lehrgangstypen: Maschinen und Geräte II, Ökologischer Landbau, Grundlagen der Landtechnik): bis 30.06.2018 347 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, bis 31.07.2020 359 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, ab 01.08.2020 370 Euro je Teilnehmer und Lehrgang
- üBA-Lehrgangspauschale – Cluster 3 (Lehrgangstypen: Bau- und Vegetationstechnik/Die Baustelle im Galabau, Erstellen von Belagsflächen, Bau und Bepflanzung einer Wasseranlage, Mauerbau und Natursteinbearbeitung): bis 30.06.2018 446 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, bis 31.07.2020 462 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, ab 01.08.2020 477 Euro je Teilnehmer und Lehrgang
- üBA-Lehrgangspauschale – Milchwirtschaftliche/r Laborant/in: 1 402 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, ab 01.07.2018 1 505 Euro je Teilnehmer und Lehrgang
- üBA-Lehrgangspauschale – Milchtechnologe/in: 1 736 Euro je Teilnehmer und Lehrgang, ab 01.07.2018 1 897 Euro je Teilnehmer und Lehrgang

Übernachungskostenpauschale:
61 Euro je Lehrgangswoche und Teilnehmer

Qualifizierung von Arbeitslosen zu einem anerkannten Berufsabschluss (Teil II Abschnitt 3 Großbuchstabe J Nummer 1.1)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.2 in Verbindung mit Nummer 5.3 beträgt:

- Nummer 4.2.1 Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.5 Verwaltungskostenpauschale: bis 20. März 2016 14 Prozent, ab 21. März 2016 20 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

Qualifizierung von Arbeitslosen zu einem anerkannten Berufsabschluss (Teil II Abschnitt 3 Großbuchstabe J Nummer 1.2)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.3 in Verbindung mit Nummer 5.4 beträgt:

- Nummer 4.2.1 Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4.2.4 Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

Individuelle Einstiegsbegleitung (Teil II Abschnitt 3 Großbuchstabe K)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.2 in Verbindung mit Nummer 5.3 beträgt:

- Nummer 4.2.1 Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.6 Verwaltungskostenpauschale: bis 20. März 2016 14 Prozent, ab 21. März 2016 13 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit
von Langzeitarbeitslosen
(Teil II Abschnitt 3 Großbuchstabe L)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.2 in Verbindung mit Nummer 5.3 beträgt:

- Nummer 4.2.1 Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Nummer 4.2.2 Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.3 Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Nummer 4.2.6 Verwaltungskostenpauschale: 13 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Eignungsfeststellung, Begleitung und Koordinierung
(Teil II Abschnitt 3 Großbuchstabe M)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.2 in Verbindung mit Nummer 5.3 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit unter 6

Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag

- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**ESF-Richtlinie SMS vom 19. August 2014
(SächsABl. S. 1198)**

**ESF-Richtlinie SMS vom 31. Mai 2017
(SächsABl. S. 858, 966)**

**Demografie, Familie und Gesundheit
(Ziffer II Großbuchstabe A)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5.2 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungssachkostenpauschale im Themenbereich „Gesunde Arbeitsplätze“, sofern es sich um Unterstützungsmaßnahmen für bestimmte Personengruppen (Coaching, Betreuung) handelt: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**Soziale Schule – sozialpädagogische Begleitung
zur Kompetenzentwicklung für Schüler
(Ziffer II Großbuchstabe B)**

Für Vorhaben mit einer Förderhöhe bis 50 000 Euro kommen gemäß Nummer 5.2 vorhabensbezogene Pauschalen zur Anwendung, die auf der Grundlage eines geprüften Kostenplans wie folgt abgeleitet werden:

- Ermittlung von Personalkosten für eigenes, direkt vorhabensbezogen tätiges Personal (keine Verwaltung) mittels Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben, Ermittlung von Personalkosten für direkt vorhabensbezogen tätiges Fremdpersonal mittels Honorarsätzen
Die gesamten förderfähigen Personalkosten ergeben sich aus der Gesamtsumme der mittels Personalkostenpauschalen und/oder Honorarsätzen ermittelten Personalkosten des Projektpersonals.
- Ermittlung eines Restkostenpauschalsatzes in Höhe von maximal 40 Prozent der ermittelten Gesamtsumme der förderfähigen Personalkosten; Berechnung des Puschalsatzes für die Restkosten als Verhältnis der förderfähigen Restkosten (Reise- und Dienstreiseausgaben für Personal, Sachausgaben/-kosten direkt für die Durchführung des Vorhabens (keine Verwaltung), Personalausgaben für Verwaltungspersonal, Reisekosten für Verwaltungspersonal, Sachausgaben/-kosten für Verwaltung, Leistungen für Teilnehmer) zu den gesamten förderfähigen Personalkosten
- Ermittlung der förderfähigen Restkosten durch Anwendung des Puschalsatzes auf die gesamten förderfähigen Personalkosten des Projektpersonals
Die insgesamt förderfähigen Ausgaben ergeben sich aus der Summe der gesamten förderfähigen Personal-

kosten zuzüglich der mittels Pauschalsatz berechneten förderfähigen Restkosten.

- Investive Förderung ist ausgeschlossen.

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5.2 für Vorhaben mit einer Förderhöhe über 50 000 Euro beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.17 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**Beschäftigungschancen
für benachteiligte junge Menschen
(Ziffer II Großbuchstabe C Nummer 2.1 Buchstabe a)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5.2 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Verwaltungskostenpauschale: bis 20. März 2016 14 Prozent, ab 21. März 2016 11 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Beschäftigungschancen
für benachteiligte junge Menschen
(Ziffer II Großbuchstabe C Nummer 2.1 Buchstabe b)
und Beschäftigung und soziale Integration für am
Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Menschen
(Ziffer II Großbuchstabe D)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5.2 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**Mikroprojekte – Lokales Kapital für soziale Zwecke
(Ziffer II Großbuchstabe E)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5.2 in Verbindung mit Nummer 6.3 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag

- Verwaltungskostenpauschale: 10 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**SMK-ESF-Richtlinie 2014–2020 vom 7. Juli 2014
(SächsABI. S. 937),**

Neufassung vom 16. November 2015

(SächsABI. S. 1605),

Änderung vom 9. April 2018 (SächsABI. S. 611),

Änderung vom 28. September 2021 (SächsABI. S. 1285)

**Vorhaben zur Erhöhung der Abschlussquote
von Schülern: Vorhaben zur Erhöhung der Quote
von Schülern, die einen Abschluss erreichen
(Ziffer II Großbuchstabe A Nummer 1)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 1.4.1 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent bzw. 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 30. November 2015 3,31 Euro je Verwaltungspersonalstunde
- Verwaltungskostenpauschale: ab 1. Dezember 2015 11 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Vorhaben zur Erhöhung
der Abschlussquote von Schülern: Schülercamps
(Ziffer II Großbuchstabe A Nummer 2)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 2.4.1 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person

- Verwaltungskostenpauschale: ab 15. Juni 2015 bis 20. März 2016 8 Prozent, ab 21. März 2016 9 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Vorhaben zur Erhöhung der Abschlussquote
von Schülern: Bildungscamps (REACT-EU)
(Ziffer II Großbuchstabe A Nummer 3)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 3.4.1 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale: 9 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Vorhaben zur Berufsorientierung
(Ziffer II Großbuchstabe B)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 2.1 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale: bis 20. März 2016 16 Prozent, ab 21. März 2016 17 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Vorhaben zur Alphabetisierung
von funktionalen Analphabeten
(Ziffer II Großbuchstabe C Nummer 1.1)**

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
 - Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
 - Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzeption eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
 - Verwaltungskostenpauschale: bis 20. März 2016 16 Prozent, ab 21. März 2016 20 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

**Koordinierungsstelle Alphabetisierung
und themenspezifische Modellvorhaben
(Ziffer II Großbuchstabe C Nummern 1.2 und 1.3)**

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
 - Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**Maßnahmen für Kinder mit besonderen
Lern- und Lebenserschwernissen (Ziffer II
Großbuchstabe D Nummer 1.2)**

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
 - Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

**Inklusionsassistent
(Ziffer II Großbuchstabe E)**

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
 - Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

Praxisberater (Ziffer II Großbuchstabe F)

- Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4.1 beträgt:
- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
 - Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent beziehungsweise 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person

- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

ESF-Richtlinie Qualifizierung Gefangener 2014–2020 vom 14. August 2014 (SächsABl. S. 1083)

Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt (Ziffer II Nummer 1)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Ziffer V Nummer 4 Buchstabe c bis e beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale bei Vorhaben ohne Übergangsmanagement: bis 20. März 2016 20 Prozent, ab 21. März 2016 24 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme (Ziffer II Nummer 2)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Ziffer V Nummer 4 Buchstabe c bis e beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale bei Vorhaben ohne Übergangsmanagement: bis 20. März 2016 20 Prozent, ab 21. März 2016 22 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

ESF-Technologieförderung 2014 bis 2020 vom 8. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1772), Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der RL ESF-Technologieförderung 2014 bis 2020 vom 6. März 2020 (SächsABl. S. 251), Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der RL ESF-Technologieförderung 2014–2020 vom 15. Oktober 2021 (SächsABl. S. 1346)

**InnoExpert
(Ziffer II Großbuchstabe A)
Transferassistent
(Ziffer II Großbuchstabe C)
Transformationsmanagement
im Rahmen von REACT-EU
(Ziffer II Großbuchstabe D)**

Die Zuwendung gemäß Nummer 4 wird als Pauschale ausgereicht und beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Monat

**InnoTeam
(Ziffer II Großbuchstabe B)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 4 in Verbindung mit Nummer 5 Buchstabe d beträgt:

- Nummer 4 Buchstabe e Doppelbuchstabe bb Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4 Buchstabe e Doppelbuchstabe cc Pauschalsatz für Restkostenpauschale bei folgenden Zuwendungsempfängern: Forschungseinrichtungen 44 Prozent, Hochschulen 22 Prozent, kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft 36 Prozent, große Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft 30 Prozent

**RL ESF Hochschule und Forschung 2014 bis 2020 vom 23. Februar 2015 (SächsABl. S. 428)
RL ESF Hochschule und Forschung 2014 bis 2020 vom 13. April 2018 (SächsABl. S. 612),
Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der RL ESF Hochschule und Forschung 2014 bis 2020 vom 12. Oktober 2021 (SächsABl. S. 1343–1345)**

**Promotionen
(Ziffer II Großbuchstabe A)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5 Buchstabe f beträgt:

- Personalkostenpauschale: bis 22. Mai 2016 personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: bis 22. Mai 2016 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person (administrative Begleitung)
- Pauschalen Promotionsstipendium: ab 23. Mai 2016 Industriepromotionen und Kombinationen mit dieser gemäß Nummer 2 Buchstaben a und d 800 Euro je Teilnehmermonat; Landesinnovationspromotionen und Vorhaben zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaft-

licher Karriere gemäß Nummer 2 Buchstaben b und c 1 600 Euro je Teilnehmermonat

- Verwaltungskostenpauschalen Promotion: ab 23. Mai 2016 Fallgruppe 1 (eine bis zwei Promotionen) 10 Prozent der Stipendiumsumme; Fallgruppe 2 (drei bis fünf Promotionen) 5 Prozent der Stipendiumsumme; Fallgruppe 3 (sechs und mehr Promotionen) 4 Prozent der Stipendiumsumme

Nachwuchsforscherguppen (Ziffer II Großbuchstabe B)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5 Buchstabe c beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale: 3,4 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

Vorhaben zur Steigerung des Studienerfolges (Ziffer II Großbuchstabe C)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5 Buchstabe c beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person

REACT – Higher Education – Nachwuchsforschung stärken (REACT-Forschungsgruppen) (Ziffer II Großbuchstabe D)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5 Buchstabe c beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale: 3,4 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

RL Nachhaltige soziale Stadtentwicklung ESF 2014– 2020 vom 9. März 2015 (SächsABl. S. 402) und Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie Nachhaltige sozial Stadtentwicklung vom 11. Januar 2016 (SächsABl. S. 79)

Erstellung gebietsbezogener integrierter Handlungskonzepte für sozial benachteiligte Stadtgebiete (Ziffer II Großbuchstabe A)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 5 beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Verwaltungssachkostenpauschale: bis 31.12.2016 3,31 Euro, ab 01.01.2017 3,03 Euro je Verwaltungspersonalstunde

Vorhaben zur sozialen Eingliederung und Integration in Beschäftigung von Menschen in sozial benachteiligten Stadtgebieten (Ziffer II, Großbuchstabe B)

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 7 bei begleitenden Maßnahmen im Sinne von Nummer 2 Buchstabe e beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben, ohne Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, diese sind Bestandteil der Restkosten
- Pauschalsatz für Restkosten: 22 Prozent der direkten förderfähigen Personalausgaben

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 7 bei Stadtteilverhaben im Sinne von Nummer 2 Buchstaben a bis d beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben, ohne Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, diese sind Bestandteil der Restkosten
- Pauschalsatz für Restkosten: 31 Prozent der direkten förderfähigen Personalausgaben

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 7 bei Stadtteilverhaben im Sinne von Nummer 2 Buchstaben a bis d, wenn nach dem Ausgabenplan die Restkosten 80 Prozent der förderfähigen direkten Personalausgaben übersteigen und in Kursen, bei denen nach dem Ausgabenplan den Teilnehmern eine Aufwandsentschädigung gewährt wird, beträgt:

- Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer bei Projektpersonal und 30 Cent je Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person bei Projektpersonal und 2 Cent Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer mal 2 bei Teilnehmern
- Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Verwaltungskostenpauschale: 10 Prozent von den direkten Kosten (Personalausgaben/-kosten; Verbrauchsmaterial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

terial; Ausstattungsgegenstände; Ausgaben für Dienste/Rechte, Versicherungen und Gebühren; Ausgaben/Kosten für Räume für die Durchführung des Vorhabens; Leistungen für Teilnehmer – jeweils direkt vorhabensbezogen, keine Verwaltung)

- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 3 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepktion eine Mindestanwesenheit unter 6 Stunden vorsieht: 2,50 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag
- Aufwandsentschädigung bei zusammenhängender Anwesenheit von mindestens 6 Zeitstunden, sofern die Vorhabenskonzepktion eine Mindestanwesenheit von mindestens 6 Stunden vorsieht: 5 Euro je Teilnehmer und Anwesenheitstag

**ESF-Richtlinie Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft vom 26. Mai 2015 (SächsABI. S. 806),
ESF-Richtlinie Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft vom 31. August 2020 (SächsABI. S. 1047)**

**Förderung von Gründerinitiativen der Hochschulen
und Forschungseinrichtungen im Freistaat Sachsen
(„Gründerinitiativen“)
(Großbuchstabe B)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Ziffer IV Nummer 4 in Verbindung mit Ziffer V Nummer 3 Buchstabe a beträgt:

- Nummer 4 Buchstabe a Personalkostenpauschale: personenbezogene Sätze in Euro je Einsatzstunde im Vorhaben
- Nummer 4 Buchstabe b Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung: 30 Cent je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person
- Nummer 4 Buchstabe b Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung und Geltung des Sächsischen Reisekostengesetzes: 17 Cent oder 30 Cent (wenn triftige Gründe vorliegen) je gefahrener Kilometer, 2 Cent Mitnahmeentschädigung je gefahrener Kilometer und mitgenommener Person

**Förderung der Gründung junger innovativer
Unternehmen aus der Wissenschaft durch Gewährung
von Stipendien („Technologiegründerstipendium“)
(Großbuchstabe C)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Ziffer IV Nummer 2 beträgt:

- a) für Studierende: 1 000 Euro pro Monat
- b) für Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulabschluss beziehungsweise Abschluss an der Berufsakademie: 2 500 Euro pro Monat
- c) für promovierte Gründer: 3 000 Euro pro Monat

**Mittelstandsrichtlinie vom 21. August 2014
(SächsABI. S. 1111),
Richtlinie zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie
vom 30. Januar 2015 (SächsABI. S. 255),
Richtlinie zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie
vom 12. Mai 2016 (SächsABI. S. 1440),
Mittelstandsrichtlinie vom 16. April 2018
(SächsABI. S. 558),
Mittelstandsrichtlinie vom 23. März 2020
(SächsABI. S. 398),
Richtlinie zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie
vom 12. Mai 2021
(SächsABI. S. 644)**

**Gründungsberatung
(Teil B, Ziffer I, Nummer I)**

Die Höhe der Pauschalen gemäß Nummer 1.4 beträgt:

- Pauschale für Beratungen zur Neugründung: 400 Euro pro Tagewerk (ein Tagewerk entspricht 8 Stunden; Beratungen mit einem Nettohonorar (ohne Umsatzsteuer, Reisekosten und Auslagen) von weniger als 350 Euro pro Tagewerk werden nicht unterstützt)
- Pauschale für Beratungen zu Unternehmensnachfolgen: 500 Euro pro Tagewerk (ein Tagewerk entspricht 8 Stunden; Beratungen mit einem Nettohonorar (ohne Umsatzsteuer, Reisekosten und Auslagen) von weniger als 440 Euro pro Tagewerk werden nicht unterstützt)
Die Beratungsleistungen sollen mindestens zwei und können maximal zehn Tagewerke umfassen.

Diese Bekanntmachung ersetzt die Bekanntmachung vom 27. Dezember 2018 (SächsABI. S. 1542 ff.).

Dresden, den 24. November 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für das Jahr 2022

Vom 8. Dezember 2021

Das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft als oberste Wasserbehörde nach § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, erlässt folgende Allgemeinverfügung zum Vollzug des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist:

1. Der Freistaat Sachsen verzichtet hiermit vollumfänglich auf die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes für alle Rechtsgeschäfte, die im Zeitraum zwischen 1. Januar 2022 und 31. Dezember 2022 (jeweils einschließlich) beurkundet werden. Vom Verzicht ausgenommen sind Grundstücke, die in dem als Anlage beigefügten Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind. Für nicht in der Positivliste aufgeführte Grundstücke wird kein Einzelnegativattest erteilt.
2. Die sofortige Vollziehung der Nummer 1 wird angeordnet.
3. Die Ausübung des Vorkaufsrechts obliegt dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement. Anfragen zum Vorkaufsrecht nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes sind für die in der Positivliste aufgeführten Grundstücke in allen Fällen an den
Staatsbetrieb
Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB)
Geschäftsbereich
Zentrales Flächenmanagement Sachsen
Außenstelle Dresden
Königsbrücker Straße 80
01099 Dresden
zu adressieren. Notare haben die Möglichkeit einer Online-Abfrage.
4. Die Begründung zu dieser Allgemeinverfügung kann vom 3. Januar 2022 bis zum 4. Februar 2022 im Dienstgebäude des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, eingesehen werden. Die vorherige Vereinbarung eines Termins ist aufgrund der coronabedingten Einschränkungen der Erreichbarkeit erforderlich (Telefon: 0351 564-24101; E-Mail: Abteilung4-SMUL@smekul.sachsen.de).

5. Die Allgemeinverfügung einschließlich Begründung ist auch auf der Internetseite des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft unter <https://www.wasser.sachsen.de/vorkaufsrecht-nach-99a-whg-6725.html> einsehbar.
6. Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt als bekannt gegeben.

Begründung

- I. Nach § 99a Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes steht den Ländern ein Vorkaufsrecht an Grundstücken zu, die für Maßnahmen des Hochwasser- oder Küstenschutzes benötigt werden. Nach § 99a Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes darf das Vorkaufsrecht nur ausgeübt werden, wenn dies aus Gründen des Hochwasserschutzes oder des Küstenschutzes erforderlich ist. Nach § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes können die Länder das Vorkaufsrecht auf Antrag auch zugunsten von Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie von begünstigten Personen im Sinne von § 51 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ausüben.
Aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 32 des Grundgesetzes (GG) auf dem Gebiet des Wasserhaushalts und mangels einer abweichenden Landesregelung im Sinne von § 99a Absatz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes im Freistaat Sachsen unmittelbar, ohne dass es einer Umsetzung in Landesrecht bedarf.
- II. a) Die Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL) für den Erlass der vorliegenden Allgemeinverfügung ergibt sich aus § 99a Absatz 1 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG). Nach § 99a Absatz 1 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes sind zur Ausübung des Vorkaufsrechts „die Länder“ befugt. Als die nach § 109 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Wassergesetzes bestimmte oberste Wasserbehörde des Freistaates Sachsen ist das SMEKUL ermächtigt, zur Sicherstellung der rechtmäßigen und zweckmäßigen Aufgabenwahrnehmung im Freistaat Sachsen landesweit konkretisierende Festlegungen zum Vollzug des § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes zu treffen.

- b) Die Festlegungen erfolgen in Form einer Allgemeinverfügung gemäß § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Bei einer Allgemeinverfügung handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der sich an einen nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbar Personenkreis richtet oder die öffentlich-rechtliche Eigenschaft einer Sache oder ihre Benutzung durch die Allgemeinheit betrifft.

Die vorliegende Anordnung richtet sich an nach allgemeinen Merkmalen bestimmte Kreise von Adressaten, insbesondere an die von der Ausübung des Vorkaufsrechts betroffenen Personen, das heißt, die Eigentümer und Käufer von Grundstücken im Freistaat Sachsen, und alle, zu deren Gunsten der Freistaat das Vorkaufsrecht nach § 99 a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes auf Antrag ausüben kann, das heißt, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie begünstigte Personen im Sinne von § 51 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes. Die Anordnung richtet sich außerdem mittelbar an alle Notare, die Kaufverträge über Grundstücke im Freistaat Sachsen zu beurkunden haben. In der vorliegenden Allgemeinverfügung wird verbindlich mit Wirkung gegenüber den vorgenannten Personenkreisen erklärt, dass der Freistaat Sachsen für alle Grundstücke mit Ausnahme derer, die in einem Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind, auf die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes verzichtet.

- c) Der Erlass der Allgemeinverfügung ist erforderlich, weil aufgrund der allgemein gehaltenen Beschreibung des Vorkaufstatbestandes in § 99a Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes („Grundstücke, die für Maßnahmen des Hochwasser- oder Küstenschutzes benötigt werden“) für Käufer, Verkäufer und Notare nicht erkennbar ist, ob der Freistaat oder ein Begünstigter nach § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes ein Grundstück für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt. Daher müssten die beurkundenden Notare, wenn sie sich keinem Haftungsrisiko aussetzen wollen, zu allen Kaufverträgen über Grundstücke im Freistaat Sachsen Vorkaufsanfragen nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes stellen. Dies würde sowohl bei den Notaren als auch bei den Behörden, die die Vorkaufsanfragen erhalten, zu einem erheblichen Aufwand führen, der in keinem Verhältnis dazu steht, dass tatsächlich nur ein geringer Teil der Grundstücke im Freistaat Sachsen für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt wird. Außerdem würde der Grundstücksverkehr im Freistaat dadurch unnötig erschwert.

- d) **Zu Nummer 1:** Um den Aufwand für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten und den Grundstücksverkehr zu erleichtern, wird durch das SMEKUL als oberste Wasserbehörde in Nummer 1 Satz 1 und 2 für alle Grundstücke, die nicht in einem Verzeichnis (Positivliste) aufgeführt sind, welches der Allgemeinverfügung als Anlage beigefügt ist, der Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts erklärt (Generalverzicht). Damit ist der weitaus größte Teil aller Grundstücke im Freistaat Sachsen von der Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes ausgenommen. Für diese Grundstücke brauchen keine Vorkaufsanfragen an den Freistaat gestellt zu werden. In Nummer 1 Satz 3 wird daher ausdrücklich klargestellt, dass zu Vorkaufsanfragen für die vom Generalver-

zicht umfassten Grundstücke vom Freistaat Sachsen kein Einzelnegativtest erteilt wird.

Durch die Aufnahme eines Grundstücks in die Positivliste und die Veröffentlichung dieser Liste entsteht den Grundstückseigentümern und -käufern kein Nachteil gegenüber der Rechtslage, wie sie ohne die Positivliste bestünde. Denn ohne Positivliste müssten alle Eigentümer und Käufer von Grundstücken im Freistaat Sachsen sowie die beurkundenden Notare in allen Bundesländern mangels anderer Anhaltspunkte damit rechnen, dass ein Vorkaufsrecht des Freistaates Sachsen nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes besteht. So ist die Lage eines Grundstücks fernab eines Gewässers kein hinreichender Anhaltspunkt für das Nichtbestehen des Vorkaufsrechts, da Maßnahmen des Hochwasserschutzes häufig gerade nicht unmittelbar an einem Gewässer getroffen werden, wie zum Beispiel bei der Rückverlegung eines Deiches oder dem Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens.

Umgekehrt ist aus der Lage eines Grundstücks unmittelbar an einem Gewässer nicht der Rückschluss zu ziehen, dass das Grundstück für eine Maßnahme des Hochwasserschutzes benötigt wird. Dies ist erst dann der Fall, wenn hierfür ein konkretes Hochwasserschutzprojekt geplant ist, für das das Grundstück in Anspruch genommen werden soll.

Die Tatsache, dass ein Grundstück in der Positivliste aufgeführt ist, stellt auch insoweit keinen Nachteil für die Eigentümer und Käufer von Grundstücken dar, als damit noch nicht präjudiziert wird, ob der Freistaat das Vorkaufsrecht hierfür tatsächlich ausüben wird. Darüber wird erst im Rahmen einer konkreten Vorkaufsanfrage entschieden. Dabei ist insbesondere nach § 99a Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes zu prüfen, ob der Grundstückserwerb tatsächlich für eine geplante Hochwasserschutzmaßnahme erforderlich ist oder ob vielleicht rechtliche Alternativen bestehen, die das durch Artikel 14 des Grundgesetzes geschützte Eigentumsrecht weniger stark einschränken, wie zum Beispiel die Eintragung einer Dienstbarkeit in das Grundbuch.

Während die Positivliste für die Eigentümer und Käufer der darin aufgeführten Grundstücke jedenfalls zu keinem rechtlichen Nachteil führt, wirkt sich der Generalverzicht auf die Eigentümer und Käufer aller übrigen Grundstücke ausschließlich vorteilhaft aus, da sie von vornherein Klarheit haben, dass für diese Grundstücke kein Vorkaufsrecht nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes besteht und sich damit entsprechende Vorkaufsanfragen erübrigen. Die Positivliste enthält einerseits Grundstücke, die für Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Sachsen benötigt werden. Dahinter stehen konkrete Hochwasserschutzvorhaben des Staatsbetriebes Landestalsperrenverwaltung (LTV), wie der Bau von Deichen, Flutungspoldern und Hochwasserrückhaltebecken. Diese Projekte haben schon einen fortgeschrittenen Planungs- oder Umsetzungsstand erreicht, so dass abzusehen ist, dass die in der Positivliste aufgeführten Grundstücke tatsächlich für Maßnahmen des Hochwasserschutzes benötigt werden.

Die Liste enthält im Hinblick auf die Regelung des § 99a Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes auch Grundstücke, die Gemeinden im Freistaat Sachsen für öffentliche Hochwasserschutzmaßnahmen benötigen. Gemeinden haben die Möglichkeit, entsprechende Grundstücke zur Aufnahme in die Positivliste vorzuschlagen. Hiervon hat eine Vielzahl

von Gemeinden Gebrauch gemacht. Voraussetzung war auch hier, dass die Grundstücke für konkrete Hochwasserschutzmaßnahmen benötigt werden, die sich in einem fortgeschrittenen Planungs- oder Umsetzungsstand befinden.

Die Wirksamkeit der Positivliste und des Generalverzichts wird in Nummer 1 Satz 1 auf ein Jahr begrenzt. Danach sollen für wiederum begrenzte Zeiträume regelmäßige Fortschreibungen der Positivliste und eine Erneuerung des Generalverzichts erfolgen. Damit soll allen Trägern öffentlicher Hochwasserschutzmaßnahmen die Möglichkeit eröffnet werden, zu bestimmten Zeitpunkten je nach dem Planungs- und Umsetzungsfortschritt neuer Hochwasserschutzmaßnahmen weitere Grundstücke in die Positivliste aufzunehmen oder aber Grundstücke wieder herauszunehmen, zum Beispiel wenn Hochwasserschutzvorhaben in der Zwischenzeit umgesetzt oder alle hierfür benötigten Grundstücke mittlerweile erworben oder auf andere Weise für das Vorhaben gesichert worden sind.

- e) **Zu Nummer 2:** Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Nummer 1 wurde auf der Grundlage von § 80 Absatz 2 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) erlassen. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfordert ein besonderes Vollzugsinteresse, das über jenes hinausgeht, das den Bescheid rechtfertigt. Es liegt im besonderen öffentlichen Interesse, dass die Ausübung der Vorkaufsrechte zur Erleichterung des Grundstücksverkehrs und zur Vereinfachung von Verfahren des Hochwasserschutzes grundstücksbezogen konkretisiert wird. Diesem besonderen öffentlichen Interesse stehen keine vorrangigen oder gleichwertigen Interessen der Grundstückseigentümer oder sonstiger Dritter gegenüber, die es rechtfertigen könnten, die Wirksamkeit der Allgemeinverfügung bis zu einer zeitlich noch nicht absehbaren unanfechtbaren Entscheidung über einen möglichen Rechtsbehelf hinauszuschieben. Mit der Verzichtserklärung sind für die Adressaten keine Nachteile verbunden. Die Aufnahme in die Positivliste ermöglicht zwar die Ausübung des Vorkaufsrechts, hat aber keine rechtsbegründende Wirkung. Das Vollzugsinteresse ist dagegen wesentlich höher.

- f) **Zu Nummer 3:** Seit dem 1. Januar 2020 obliegt gemäß § 110 Absatz 1 und 2 Satz 1 des Sächsischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 4a der Gemeinsamen Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft (Sächsische Wasserzuständigkeitsverordnung – SächsWasserZuVO) die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a des Wasserhaushaltsgesetzes dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement.

Für Notare besteht unter:

<https://www.zfm.sachsen.de/whg-registerauskunft-4270.html> die Möglichkeit einer Onlineauskunft (die über das Netz der Bundesnotarkammer erfolgt).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim zuständigen sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden. Örtlich zuständig ist das sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk das Grundstück liegt:

Bezirk Chemnitz: Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz

Bezirk Dresden: Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden

Bezirk Leipzig: Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig

Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe der Sächsischen E-Justizverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2014 (SächsGVBl. S.291), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 656) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

Dresden, den 8. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Dr. Regina Heinecke-Schmitt
Abteilungsleiterin

Anlage: Positivliste für das Jahr 2022

Anlage

Positivliste des Freistaates Sachsen zu § 99a WHG **gültig vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

Hinweis: Die folgende Liste ist jeweils alphabetisch nach Kreisfreien Städten und Landkreisen, Gemeinden, Gemarkungen geordnet.

Stadt Chemnitz	
Gemarkung	Flurstücke
Adelsberg	1329/101, 1399/1, 1406/10, 1411/11
Draisdorf	55/1, 55/2, 55/3, 56, 61
Euba	111/c
Grüna	649/8, 649/9, 649/10, 649/11, 650/9, 651/9, 653/6, 653/7, 654, 655/2, 657/4, 661/6, 661/7, 663, 667/6
Harthau	2/1, 3/1, 4/1, 5/1, 9/2, 21/1, 22/1, 23, 24/2, 55, 56/1, 57/1, 58/1, 59/1, 61/1, 84/1, 85/1, 86/3, 86/4, 88/2, 89/1, 90/1, 91/1, 92/1, 93/1, 94/1, 110, 115, 119/1, 119/2, 122, 123/2, 123/3, 124/1, 125/1, 147, 162/1, 163/1, 164, 186/1, 187/2, 187/b, 188/1, 189/2, 289/1, 296/1, 297/17
Klaffenbach	1/4, 1/5, 1/6, 2/5, 4/5, 4/6, 270/3, 270/4, 272/1, 273/1, 274/1, 275/1, 276/1, 277/3, 277/4, 278/3, 278/5, 279/1, 280/2, 280/a, 281/12, 282/1, 296/5, 298/1, 312/2, 312/3, 338, 341/1, 343/1, 415/1, 417/7, 418/1, 425/5, 426/1, 431/6, 432/1, 433/1, 434/4, 463/2, 464/5, 464/6, 466/1, 468/1, 469/1, 470/7, 471/1, 472/1, 473/1, 474/1
Mittelbach	184/4, 187, 187/1, 187/3, 189, 190, 191, 192
Reichenbrand	427/a

Stadt Dresden	
Gemarkung	Flurstücke
Bühlau	271/b, 272/2, 272/5, 273/a, 273/d, 274/2
Cunnersdorf	79
Dobritz	1/1, 51/5, 52/1, 56/1, 59/5, 160/3, 161/1, 162, 177
Eschdorf	302, 309, 318, 797/3
Friedrichstadt	412/7, 412/10, 412/11, 413/4, 413/5
Gorbitz	266/5, 1053
Gruna	34/2
Hosterwitz	73/1, 74/2
Kaditz	88/1, 88/3, 1500/52
Kaltz	223/1, 224/4
Langebrück	86, 88, 91, 97, 107/5, 115, 119, 121, 123, 125/1, 139/1, 148/1, 148/a, 173, 229/16
Laubegast	234
Leuben	74/1, 74/2, 80
Leubnitz-Neuostra	249/5
Malschendorf	202/1
Mockritz	27/3
Neustadt	431, 431/b, 432/4, 433/e, 433/f, 434, 436, 436/4, 436/6, 436/h, 437/c, 440
Niedersedlitz	112/3, 112/4, 112/5
Niederwartha	8/3, 50/7
Reick	16/2, 162/1, 163/a, 164/5, 164/7, 164/8, 165/3, 165/4, 166/5, 166/7, 167/6, 167/16, 167/17, 174/2, 174/7, 207/1, 212/24, 212/32, 212/44
Schönborn	12/1, 12/3, 45/2, 50/a, 50/b, 50/c, 51/3, 51/5, 51/6, 52/1, 52/2, 55/3, 58/2, 163, 168/1, 168/2, 280, 285, 295
Schönfeld	278
Schulwitz	37/c
Seidnitz	188/1, 189/1, 210/3, 395/1, 397/2, 397/3, 398/19, 398/31, 398/47
Tolkewitz	26/1, 34/1, 34/2, 168/3, 168/4
Weißig	302/1, 304/1, 308/4, 311/3, 317/5, 320/1, 322/1, 363, 599/a, 599/b, 600/a, 602, 616/1, 616/2, 619/3, 619/4, 621/3, 622/2, 623/c, 639/1, 651, 652, 653/1, 657/24, 658/1, 658/2, 659/b, 666, 702/1, 703/1
Wölfnitz	19/1, 206, 207, 208, 209, 216/4

Stadt Leipzig	
Gemarkung	Flurstücke
Burghausen	61, 402, 403, 405, 407, 409, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 431, 433, 434, 440, 441
Dölitz	179, 180
Dösen	28/b, 28/h, 36/3, 37/1, 41/21, 46, 58
Gohlis	351/22
Großwiederitzsch	10, 73
Gundorf	61, 62, 63, 70/1, 175, 176, 276, 278, 279, 313/b, 314, 316, 316/b, 317, 317/b, 319, 320, 321, 334, 335, 694
Hänichen	74, 84/a, 86
Holzhausen	194/14, 194/15, 194/16, 194/17, 194/18, 194/19, 194/33, 194/34, 194/35, 194/36, 253, 253/c, 253/d, 254/1, 254/2, 255/1, 255/2, 889
Kleinpösna	257, 258, 259
Kleinwiederitzsch	58, 59, 60, 61, 61/2, 64/6, 64/g
Portitz	168/60
Probstheida	150/4, 496
Zuckelhausen	193/18
Zweinaundorf	1/4, 1/6, 1/7, 4, 64/1, 87/2, 431, 434, 436, 437, 439

Landkreis Bautzen	
Gemeinde Crostwitz	
Gemarkung	Flurstücke
Crostwitz	75, 77/1, 107, 365, 368/2, 370, 371, 372
Nucknitz	256
Gemeinde Cunewalde	
Gemarkung	Flurstücke
Obercunewalde	152/a, 645, 647, 655, 657/a, 1374/2
Gemeinde Demitz-Thumitz	
Gemarkung	Flurstücke
Pohla	10/a, 14/2, 14/4, 14/5, 14/b, 15/4, 15/b, 15/c, 15/f, 15/g, 16/3, 24/1, 25/3, 33/3, 33/5, 33/8, 33/11, 34/a, 35, 54/7, 83/a, 104, 133, 168/a, 414/2, 414/8, 414/9, 414/11, 417, 455/3, 457/3, 651/3
Wölkau	18/1, 18/2, 18/3, 18/4, 18/5, 18/6, 204/2, 204/3, 204/4, 219/1, 219/2, 220/1, 220/2, 220/3, 234/1, 234/2
Gemeinde Doberschau-Gaußig	
Gemarkung	Flurstücke
Cossern	14/8, 14/10, 26
Diehmen	10/2, 14, 17/2
Preuschwitz	18/1, 18/5, 18/6, 133
Schlungwitz	26/1
Gemeinde Elsterheide	
Gemarkung	Flurstücke
Neuwiese Flur 1	47/1, 52/1, 54/4, 141/1
Neuwiese Flur 7	174/9, 176/1, 178/1, 425/16, 433/5
Neuwiese Flur 8	9/3
Gemeinde Großhartau	
Gemarkung	Flurstücke
Großhartau	75/2, 75/7, 165/6, 165/9, 425/1, 426/1, 428/1, 428/2, 429/1, 429/2
Gemeinde Malschwitz	
Gemarkung	Flurstücke
Kleinbautzen	44, 64, 65, 219/a, 221/2, 258, 442
Preiütz	66, 70, 71/1, 71/2, 73/2, 73/3, 81, 147/1, 147/2, 147/3, 147/4, 154, 162, 164/1, 164/2, 165, 166/5, 168/1, 168/2, 169, 171/1, 173, 174/1, 175/2, 200, 203/1, 490
Gemeinde Nebelschütz	
Gemarkung	Flurstücke
Nebelschütz	41/9, 41/22, 56
Gemeinde Neukirch	
Gemarkung	Flurstücke
Gottschdorf	457, 463, 465, 467

Gemeinde Neukirch/Lausitz	
Gemarkung	Flurstücke
Niederneukirch	1682
Oberneukirch	266/1, 273, 274/a, 275, 277/a, 278, 279, 1460, 1461, 1462, 1466/1, 1470, 1471, 1472, 1476, 1478, 1526/1, 1863/d
Stadt Radeberg	
Gemarkung	Flurstücke
Großberkmannsdorf	517, 518, 519, 523, 524, 530, 593, 594, 595, 596/1, 596/3, 598, 630
Kleinerkmannsdorf	99, 100, 101
Ullersdorf	185, 187/2, 188/a, 190, 191/a, 193, 194, 195, 200/f, 200/g, 205/a
Gemeinde Radibor	
Gemarkung	Flurstücke
Lomske/M	6, 164, 166/1, 173/1, 186, 245, 246, 247, 248, 252, 572, 573, 573/a, 574, 575, 592, 593, 602/2, 603/1, 603/2, 604/1, 604/2, 607/c, 607/d, 607/m, 646, 647, 648, 649, 652, 653, 655, 656, 657, 659, 660
Stadt Schirgiswalde-Kirschau	
Gemarkung	Flurstücke
Halbendorf/Geb	146/1, 149/1, 149/2
Schirgiswalde	1176
Gemeinde Sohland a. d. Spree	
Gemarkung	Flurstücke
Frühlingsberg	663/1, 663/2, 663/3, 666, 670
Wehrsdorf	183/1, 183/2, 726, 733/1, 1066/4, 1080, 1081, 1082, 1084/1, 1084/2, 1085, 1089, 1093, 1151, 1180, 1181, 1182, 1183, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1280, 1281, 1282, 1283, 1286/6, 1289, 1290, 1291, 1357/8, 2032
Gemeinde Spreetal	
Gemarkung	Flurstücke
Spreewitz Flur 3	227/1, 227/2, 229, 230, 237/1, 237/2, 240/1
Stadt Wilthen	
Gemarkung	Flurstücke
Tautewalde	1, 2/1, 2/c, 7/4, 7/5, 7/6, 8/1, 8/2, 9/1, 9/3, 11/a, 13/1, 13/2, 14, 17, 18, 19, 20, 22, 25/a, 27/a, 28/a, 29, 30/a, 31/1, 33/2, 35/3, 36, 38/2, 38/4, 140, 140/a, 141, 172, 173, 174, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 210, 212, 214/1, 214/2, 216, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 228, 230/1, 236/1, 236/2, 239, 270/1, 270/2, 270/a, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357/1, 357/2, 358/2, 358/3, 358/6, 360, 361, 362, 364, 366, 369, 370, 435, 436, 437, 438, 440, 442, 443, 444, 446/a, 446/b, 448, 449, 450, 454/1, 455, 478/a, 492, 493, 496, 498, 500, 531, 688, 689, 692, 695
Wilthen	1/2, 1/3, 1/4, 2, 3/1, 4, 6/a, 7/2, 8/2, 8/3, 9/1, 9/3, 9/c, 10/1, 10/2, 11/a, 12, 14/1, 15, 16, 17, 18/1, 18/2, 19, 20, 21, 22, 23, 24/1, 26, 27, 28, 29, 30/1, 30/2, 31/2, 31/3, 32/1, 33, 34, 36, 37, 38/2, 38/3, 38/4, 39, 40/1, 41, 42, 47, 48/c, 49, 50/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 55/1, 55/3, 62, 63, 64/2, 64/3, 66, 67/1, 67/a, 68/1, 68/2, 69, 70, 71/1, 72, 73/1, 74/2, 75/1, 77/1, 77/2, 79/1, 79/3, 83, 84, 85, 86, 87/1, 88/1, 89/1, 89/2, 90, 91, 92/1, 92/2, 92/3, 92/4, 93, 94/a, 95, 96/a, 98/3, 103/1, 104/1, 104/2, 105/1, 106/3, 106/4, 107/1, 108/6, 108/7, 109/1, 111/1, 112/1, 113/1, 113/a, 114/1, 114/4, 115/3, 116/2, 117/2, 119/5, 119/6, 121/3, 121/4, 125/3, 125/4, 125/5, 125/a, 125/c, 125/d, 127/b, 127/e, 128/a, 129/a, 131, 132/3, 132/6, 132/7, 132/c, 133/2, 135/2, 135/3, 137/7, 155/3, 155/4, 155/5, 156, 156/1, 156/2, 156/c, 156/e, 156/f, 157, 158, 159/3, 159/4, 159/5, 159/6, 159/b, 159/c, 159/d, 159/e, 159/f, 160/2, 161/a, 161/b, 161/c, 161/d, 162/1, 163/2, 163/3, 163/8, 210, 211/3, 213/2, 213/3, 214/1, 215/a, 216, 217, 218/4, 218/c, 219/a, 222/4, 223/2, 223/a, 224/a, 224/b, 224/c, 225/2, 226/1, 300/1, 301/1, 301/2, 301/c, 301/d, 303, 304, 305, 307/1, 307/2, 307/a, 308, 309, 310/1, 310/3, 310/4, 310/c, 310/d, 311, 312, 313/1, 313/2, 313/a, 314/a, 314/b, 347, 351/2, 351/3, 351/4, 352/1, 352/2, 354, 355, 356/1, 357/4, 357/5, 358/1, 358/2, 359, 359/5, 359/6, 359/7, 359/11, 362/4, 362/8, 362/a, 363, 363/a, 363/b, 363/c, 363/d, 363/e, 363/f, 363/g, 363/h, 364/8, 364/9, 364/14, 364/16, 364/17, 364/19, 364/b, 364/c, 365/a, 365/c, 365/d, 365/e, 367/1, 368/a, 369, 369/8, 369/c, 369/d, 369/e, 369/f, 369/g, 370, 370/a, 371, 372/a, 372/d, 373, 374/3, 374/b, 403, 404, 426/1, 426/2, 427/a, 429, 429/a, 430/8, 430/9, 430/b, 432/a, 434/a, 434/b, 434/c, 445/1, 450/11, 450/15, 450/18, 450/21, 450/25, 450/26, 450/29, 457, 461, 462, 497/1, 497/2, 498/1, 498/2, 498/3, 498/4, 500/3, 500/4, 500/5, 503/1, 503/a, 504/1, 504/2, 504/3, 504/4, 506/9, 534, 535, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 549, 549/1, 550/3, 550/5, 698/2, 707, 708/b, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716/1, 717/1, 752, 1075/2, 1075/3, 1075/4, 1075/5, 1076/b, 1078, 1078/b, 1127/a, 1128, 1129, 1130, 1131/1, 1131/2, 1131/3, 1132, 1133, 1134, 1135/1, 1135/3, 1143/a, 1144, 1144/1, 1144/2, 1144/a, 1144/b, 1144/d, 1144/e, 1156/9, 1156/10, 1159/4, 1159/a, 1159/c, 1161/12, 1161/13, 1161/21, 1161/22, 1161/30, 1161/31, 1161/b, 1161/i, 1161/k, 1161/l, 1185/26, 1191/12, 1191/18, 1191/23, 1193/m, 1193/n, 1193/q, 1193/r, 1194/6, 1194/11, 1215/1, 1215/3, 1215/l, 1215/m, 1215/o, 1224/5, 1225/1, 1249/8, 1249/10, 1250/14, 1251/11, 1251/12, 1251/13, 1251/14, 1254/m, 1255/1, 1258/1, 1276, 1279/a, 1280, 1284/6, 1284/7, 1284/11, 1284/12, 1284/k, 1284/o, 1289/a,

	1289/b, 1289/c, 1298/13, 1298/14, 1298/15, 1298/16, 1298/a, 1300/1, 1300/2, 1302, 1303, 1304, 1330/c, 1330/d, 1333/2, 1333/5, 1333/7, 1333/8, 1333/9, 1340, 1341/1, 1341/4, 1341/5, 1341/6, 1342/4, 1342/b, 1342/c, 1342/d, 1342/e, 1342/f, 1342/g, 1342/h, 1342/i, 1342/k, 1343/5, 1345/1, 1348/5, 1348/7, 1348/8, 1349/6, 1349/e, 1349/f, 1349/g, 1349/h, 1350/b, 1350/c, 1351/h, 1351/i, 1351/k, 1351/l, 1351/m, 1351/q, 1356/3, 1356/5, 1358/1, 1366, 1370/2, 1371/1, 1373/2, 1373/3, 1373/11, 1373/12, 1373/13, 1373/14, 1373/15, 1375, 1376/1, 1376/2, 1377, 1378, 1380, 1383, 1387, 1389, 1392, 1406/1, 1410, 1410/a, 1411, 1412, 1424, 1425, 1426/a, 1427, 1428, 1431, 1440/2, 1447, 1464, 1465, 1469, 1470, 1471, 1472, 1496, 1500, 1501, 1502, 1505/1, 1505/2, 1505/3, 1508, 1509, 1532/1, 1568/23, 1568/b, 1573, 1574, 1575, 1576, 1613, 1613/a, 1614, 1615/a, 1615/b, 1615/c, 1615/d, 1615/e, 1616/8, 1616/9, 1616/11, 1616/16, 1616/17, 1616/35, 1620/a, 1620/b, 1620/c, 1620/d, 1621/5, 1621/12, 1621/17, 1621/24, 1621/49, 1621/55, 1621/58, 1621/61, 1621/62, 1621/63, 1621/64, 1621/b, 1621/c, 1623/2, 1623/3, 1644/7, 1644/8, 1644/11, 1644/12, 1644/13, 1644/14, 1644/15, 1644/16, 1644/17, 1644/18, 1644/19, 1644/20, 1644/21, 1644/22, 1644/23, 1644/24, 1644/25, 1644/26, 1644/29, 1644/30, 1644/31, 1644/a, 1645/2, 1645/3, 1645/4, 1645/5, 1647/2, 1647/4, 1647/6, 1647/7, 1647/8, 1647/9, 1649/5, 1651/1, 1651/2, 1653, 1654/3, 1654/4, 1654/5, 1654/6, 1654/7, 1654/8, 1654/9, 1659, 1659/a, 1661, 1665, 1667, 1671/1, 1671/2, 1671/3, 1671/c, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1706, 1707, 1708, 1708/a, 1708/c, 1708/d, 1709, 1710, 1711/5, 1711/6, 1711/7, 1711/9, 1711/11, 1711/a, 1712/2, 1712/8, 1712/10, 1712/b, 1712/c, 1714, 1715, 1716/1, 1717/2, 1734/2, 1734/7, 1734/8, 1734/10, 1735/7, 1735/10, 1745, 1746/1, 1747/4, 1755/4, 1755/6, 1761/4, 1762, 1765, 1780/2, 1780/3, 1780/4, 1780/a, 1781, 1793, 1794, 1796/1, 1847, 1848/a, 1950/1, 1952/1, 1953/3, 1953/5, 1953/7, 1953/8, 1953/10, 1953/11, 1953/12, 1954/4, 1954/5, 1955/1, 1955/3, 1957/3, 1958/3, 1958/23, 1958/24, 1958/25, 1969/1, 1971/1, 1971/2, 1971/3, 1971/4, 1971/5, 1976/1, 1976/2, 1976/3, 1976/4, 1976/5, 1976/6, 1976/7, 1977, 1980, 1982/1, 1982/2, 1982/3, 1983, 1985/2, 1985/3, 1986, 1992, 1998
--	---

Erzgebirgskreis	
Stadt Aue-Bad Schlema	
Gemarkung	Flurstücke
Aue	36/a, 38, 39, 41/3, 47, 48, 48/b, 50, 51, 56/1, 83/1, 95/1, 95/3, 137/1, 137/3, 138/1, 139/3, 953, 957/5, 957/9, 958/2, 1283/10, 1309/6, 1371/1, 1372/1, 1372/a, 1373, 1374, 1376/1, 1377, 1381, 1384, 1384/1, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391/b, 1397/d
Gemeinde Burkhardtsdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Burkhardtsdorf	423, 427/1, 428, 429, 432
Gemeinde Drebach	
Gemarkung	Flurstücke
Venusberg	94/7, 161, 164/8, 200/1, 372/3
Stadt Ehrenfriedersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Ehrenfriedersdorf	393/a, 394/7, 394/22, 446/1, 454/4, 454/5, 491, 492, 520/a, 520/b, 951
Stadt Eibenstock	
Gemarkung	Flurstücke
Wildenthal	107/1, 109
Gemeinde Jahnsdorf/Erzgeb.	
Gemarkung	Flurstücke
Leukersdorf	256, 272, 273, 320/3, 328, 336, 824/7, 842/1
Stadt Jöhstadt	
Gemarkung	Flurstück
Steinbach	271/6
Stadt Marienberg	
Gemarkung	Flurstücke
Marienberg	1092/2, 1136/3, 1137, 1143/28, 1143/c, 1146/5, 1658/5
Rübenau	304/2, 375/3, 375/4
Gemeinde Neukirchen/Erzgeb.	
Gemarkung	Flurstücke
Adorf	36/5, 36/10, 36/11, 36/e, 41/1, 41/2, 41/3, 41/e, 42/2, 475
Neukirchen	511/4, 997/3
Gemeinde Niederdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Niederdorf	55, 59

Stadt Olbernhau	
Gemarkung	Flurstücke
Olbernhau	50/22, 58/8, 59/5, 59/6, 60/7, 69/7, 69/8, 69/10, 69/11, 78/1, 79/2, 79/a, 96, 97, 98/1, 100/9, 100/10, 100/11, 101/5, 101/6, 101/7, 101/8, 237/5, 237/6, 237/7, 238/7, 238/8, 239, 240/1, 246/a, 247, 248, 296, 297, 298, 299, 300, 300/a, 301, 301/a, 302, 305, 306, 314/1, 314/2, 330, 331, 332/1, 332/2, 333/2, 333/4, 333/a, 342/8, 345/4, 345/5, 345/6, 345/7, 345/8, 346/1, 346/8, 346/9, 346/10, 347, 349, 350/4, 350/d, 363, 364, 364/a, 365, 370/1, 370/3, 370/4, 373/1, 373/3, 373/a, 374, 375, 376, 381/1, 381/2, 382, 383/4, 383/a, 383/c, 388/44, 388/45, 388/46, 388/47, 388/48, 388/49, 400/35, 400/36, 400/38, 401/15, 420/9, 420/11, 481, 482, 483/1, 486/2, 490/1, 491/4, 491/5, 493/4, 500, 562, 563, 563/a, 565, 566, 567/3, 569/1, 571/3, 579, 582, 584/1, 584/2, 584/e, 724/4, 724/5, 724/6, 724/7, 724/8, 724/9, 724/10, 724/11, 724/12, 725/1, 725/2, 726/5, 726/6, 726/7, 1063/3, 1096/14, 1096/15, 1096/16, 1096/17, 1096/18, 1096/19, 1097, 1102/4, 1103, 1122/9, 1129/l, 1129/p, 1129/q, 1129/r, 1129/s, 1129/t, 1180
Stadt Pockau-Lengefeld	
Gemarkung	Flurstücke
Pockau	9, 16, 17/b, 17/c, 18, 18/a, 26, 29, 30/1, 30/2, 32, 32/a, 33, 33/a, 40/1, 40/d, 41/a, 42, 46, 47, 48, 55/21, 57/10, 71, 72, 78/1, 79/2, 80, 83, 86, 88/c, 90, 91/2, 109/4, 111/3, 112, 115/4, 116/1, 121, 149, 188/4, 188/5, 189, 192/2, 193/12, 369, 456, 461/6, 461/13, 461/15, 518/a, 578/3, 578/4, 580/20, 580/21, 633/6, 633/7, 633/14, 633/28, 633/e, 633/l, 652/23, 659
Gemeinde Raschau-Markersbach	
Gemarkung	Flurstücke
Raschau	355/7, 355/18, 355/20, 355/21, 355/22, 357/11, 357/15, 357/16, 358/6, 358/10, 358/11, 358/12
Stadt Schlettau	
Gemarkung	Flurstücke
Schlettau	196/5, 196/6, 196/8, 217/1, 224, 225, 230, 334/1, 334/2, 334/3, 334/4, 347/1, 350/6, 1129/3, 1130/11, 1139/11
Gemeinde Schönheide	
Gemarkung	Flurstücke
Schönheide	748/16, 748/18, 748/21, 772/1, 772/3, 772/a, 774, 780/11, 780/13, 780/14, 781/3, 781/5, 782/1, 785/1, 796, 797, 799, 800, 801, 802, 803/1, 803/3, 803/8, 837/3, 838, 1205/1, 1211/1, 1240, 2859, 2860, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2907
Stadt Schwarzenberg/Erzgeb.	
Gemarkung	Flurstücke
Grünstädtel	51/4, 51/5, 51/8, 51/9, 51/a, 51/e, 51/f, 51/h, 51/i, 51/m, 51/n, 51/q, 352/2, 353/4, 353/6, 353/7, 353/8, 370/8
Neuwelt	160/2, 160/3, 160/5, 160/b
Schwarzenberg	196/4, 196/5, 414, 1150/17, 1150/18, 1150/19, 1150/25, 1150/26, 1150/27, 1150/44, 1154/32, 1154/49, 1157, 1158, 1159/1, 1179/6, 1179/7, 1272/6, 1276, 1277, 1278/1, 1278/5, 1278/6, 1278/7, 1278/12, 1278/d, 1278/e, 1298/2
Stadt Thalheim/Erzgeb.	
Gemarkung	Flurstücke
Thalheim	15/2, 15/3, 15/6, 15/8, 15/d, 186, 188, 216/26, 299/1, 373, 384/1
Gemeinde Thermalbad Wiesenbad	
Gemarkung	Flurstücke
Wiesa	115, 159/2
Stadt Thum	
Gemarkung	Flurstücke
Herold	95/1, 95/2, 98/2
Jahnsbach	134/1, 180/1
Thum	708
Landkreis Görlitz	
Gemeinde Beiersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Beiersdorf	692/3, 694/a
Stadt Bernstadt a. d. Eigen	
Gemarkung	Flurstücke
Kernitz	470/1, 499, 647/1, 647/2, 647/4, 650, 691
Gemeinde Leutersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Oberleutersdorf	91/1, 117, 382/1, 383/8
Spitzkunnersdorf	208, 397/11, 480/4, 486/4, 486/5, 487

Gemeinde Oppach	
Gemarkung	Flurstücke
Oppach	62, 68/b, 68/c, 642/5
Stadt Ostritz	
Gemarkung	Flurstücke
Ostritz Flur 4	339, 341, 342, 344, 345, 346, 347, 348/3, 348/4, 348/5, 348/6, 348/7, 348/8, 348/9, 348/10, 348/11, 348/12, 348/13, 348/14, 348/15, 348/16, 348/17, 348/18, 348/19, 379/4, 379/9, 379/11, 380/1
Stadt Reichenbach/O.L.	
Gemarkung	Flurstücke
Sohland	3/1, 17, 234
Stadt Rothenburg/O.L.	
Gemarkung	Flurstücke
Lodenau Flur 3	104/2, 114, 118/2, 71, 74/1, 74/2, 80, 81, 82, 83, 84, 92/1, 92/2, 101/1, 102, 103, 104/1, 105, 106, 107, 108, 110, 111, 115/1, 115/2, 116, 117, 122
Lodenau Flur 4	79, 80, 81, 82/1, 82/2, 109/1, 109/2
Lodenau Flur 5	108, 112, 113, 120, 121/1, 129/1
Lodenau Flur 6	18/1, 18/2, 19, 20, 21
Lodenau Flur 7	11, 38/1
Lodenau Flur 10	3/1, 3/2
Gemeinde Schönbach	
Gemarkung	Flurstücke
Schönbach	247/b, 247/c, 1283, 1297, 1373
Gemeinde Waldhufen	
Gemarkung	Flurstücke
Jänkendorf Flur 4	144, 148/2, 162/2, 182
Jänkendorf Flur 5	302, 304, 305/1, 306/1, 322, 325, 326, 328, 502
Nieder-Seifersdorf Flur 9	71
Nieder-Seifersdorf Flur 10	11, 12, 15/1, 42/9
Stadt Zittau	
Gemarkung	Flurstücke
Hirschfelde	125/6, 511/4, 511/5, 514, 541/28, 541/29, 541/31, 541/32, 549/9, 550, 552/3, 557/25, 557/26, 557/30, 562/1, 562/2
Pethau	6/1, 6/2, 7/2, 13, 14, 15/4, 183/6, 183/7, 183/8, 184/2, 185/3
Landkreis Leipzig	
Gemeinde Borsdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Panitzsch	6, 443/7, 599/3, 602/a
Zweenfurth	447/1, 448/1, 448/2
Stadt Colditz	
Gemarkung	Flurstücke
Erlin	24/13, 25/3, 121/1, 122, 123, 124, 125, 126, 127/1, 128/1
Möseln	54/2, 54/3, 54/4, 55
Sermuth	170/2, 171, 172, 172/a, 172/b, 172/c, 172/d, 172/e, 172/f, 174, 175, 176/1, 177, 223, 223/a, 224/1, 225/1, 226/3, 226/5, 227/3, 228/2, 229/2, 229/3, 234
Stadt Froburg	
Gemarkung	Flurstücke
Sahlis	256, 257/1
Terpitz	191, 203, 204, 205, 206, 210/1, 211, 212, 215, 216/1, 218/1, 220/1, 221/1, 222/1, 244/12, 244/13, 249
Stadt Grimma	
Gemarkung	Flurstücke
Grimma	73/2, 73/3, 598/3, 971/6, 972/2, 973/2
Kössern	642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649/a, 649/b, 649/c, 649/d, 649/e, 649/f, 649/g, 649/h, 649/i, 649/k, 649/l, 649/m, 649/n, 649/o, 649/p, 649/q, 649/r, 649/s, 649/t, 649/u, 649/v, 649/w, 649/x, 649/y, 649/z, 650, 661, 662, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679
Gemeinde Machern	
Gemarkung	Flurstücke
Machern	230/1, 242, 253/21, 740/6, 740/7, 749, 750, 751, 752, 753/1, 753/2, 753/3, 753/4, 754, 755, 756

Stadt Markkleeberg	
Gemarkung	Flurstücke
Auenhain	19/3, 19/5, 20/29
Gautzsch	248/4, 248/6
Großstädteln	71, 72, 73, 76/1, 136/21, 136/22, 136/26, 136/29, 136/30, 136/31, 136/33, 136/37, 136/50, 136/54, 136/62, 136/63, 146/6, 146/7, 146/10, 146/21, 146/26, 146/27, 156/2, 158/3, 161/10, 164/3
Markkleeberg	144/1, 145/1, 147, 148/1, 155/1
Oetzsch	23/16, 23/17, 23/26, 30/30, 30/38, 30/41, 30/45, 30/46, 30/49, 30/50, 30/51, 30/52, 30/53, 30/54, 30/55, 30/56, 30/57, 30/60
Prödel	73
Wachau	1/24, 1/25, 38/1, 39, 39/1, 39/2, 40, 41, 42/1, 42/a, 43/7, 43/8, 69/7, 69/8, 69/9, 79, 81, 82/1, 89/2, 90/3, 94/7, 96/3, 142/1, 154/1, 157/1, 158/3, 158/4, 177/3, 184
Gemeinde Otterwisch	
Gemarkung	Flurstück
Otterwisch	689/1
Stadt Wurzen	
Gemarkung	Flurstücke
Nitzschka	62/2, 70/2, 72/2, 75, 76/6, 86/1, 103/1, 103/r, 104/1, 105, 118/a, 457, 458
Oelschütz	8, 9

Landkreis Meißen	
Stadt Coswig	
Gemarkung	Flurstücke
Brockwitz	431/13
Coswig/Sa.	283, 284
Kötitz	108/1, 108/2, 109
Stadt Gröditz	
Gemarkung	Flurstücke
Gröditz	475, 478/1, 482/1, 490/1, 517/2, 759, 761, 763
Reppis	138/3
Stadt Großenhain	
Gemarkung	Flurstücke
Großraschütz	342/6
Kleinraschütz	8/7, 9/a, 10/3, 10/4
Walda	95/23
Wildenhain	110, 120
Gemeinde Moritzburg	
Gemarkung	Flurstücke
Boxdorf	278/2, 278/3
Eisenberg	173, 175, 177, 177/1, 179, 180
Stadt Nossen	
Gemarkung	Flurstücke
Pinnewitz	246/1, 247/1, 248/1, 249/1, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261
Rüsseina	8, 81, 82, 83, 84/a, 84/b, 85/a, 86, 87, 88, 89, 90
Stadt Radebeul	
Gemarkung	Flurstücke
Kötzschenbroda	217, 219, 222, 224, 228/3, 228/4, 230/1, 232, 234, 236, 238, 240, 243/3, 248, 249, 251, 253, 256, 257, 259/2, 261, 264, 371/1, 371/2, 372/2, 401, 469, 477, 480, 530, 556, 571/1, 582, 583, 584, 585, 588, 589, 591, 592, 593, 596, 602, 613, 624, 631, 724, 738, 882/a, 893/4, 897/2, 898/2, 899, 900, 902
Serkowitz	158, 165, 238, 239, 240, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 256, 257, 259, 260, 261, 262, 311, 395, 677, 690, 245/1, 256/a, 271/1, 309/2, 394/1, 394/2, 396/3, 396/4, 396/5, 396/7, 397/3, 637/1
Stadt Radeburg	
Gemarkung	Flurstücke
Berbisdorf	343/b, 343/c, 344, 345/1, 345/b, 348/t, 348/u, 621/w, 625, 626, 627, 628
Radeburg	1136/c, 1140/a
Gemeinde Röderau	
Gemarkung	Flurstücke
Frauenhain	2211/1, 2212/1, 2213/1, 2214/1, 2215/1, 2222/1, 2230/5

Stadt Strehla	
Gemarkung	Flurstücke
Paußnitz	alle Flurstücke
Strehla	870, 876/8, 964, 970/c, 971/a
Gemeinde Zeithain	
Gemarkung	Flurstücke
Gohlis	484, 485, 486
Röderau	363, 365, 376, 395, 405, 411, 426, 432, 475/4, 475/5
Zschepa	85, 457
Landkreis Mittelsachsen	
Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Oberbobritzsch	519/3, 529/1, 529/2, 529/4, 533, 542/11, 544/1, 1334/3, 1404, 1405, 1407, 1412, 1413, 1414, 1417
Stadt Burgstädt	
Gemarkung	Flurstück
Heiersdorf	9/c
Stadt Döbeln	
Gemarkung	Flurstücke
Döbeln	25/2, 26/1, 27/1, 161/1, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175/2, 175/3, 175/4, 182/1, 182/2, 183, 184, 218/2, 218/a, 221/8, 224/7, 225/4, 225/6, 225/10, 235/1, 235/3, 235/5, 241/5, 241/7, 241/8, 348, 356/5, 357/3, 362/12, 362/22, 362/23, 362/24, 362/26, 382/4, 383/14, 383/15, 383/16, 383/19, 383/21, 543/15, 543/b, 546, 546/2, 546/8, 546/b, 546/h, 546/i, 549/3, 549/4, 550/1, 551, 551/a, 552/1, 552/2, 552/3, 552/4, 565/8, 565/32, 565/36, 565/38, 565/44, 565/45, 583/4, 583/5, 583/6, 583/8, 583/b, 583/d, 583/e, 583/f, 583/g, 583/h, 583/i, 583/l, 583/n, 583/o, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 783/1, 783/2, 785, 794/y, 817/1, 818/1, 819, 820, 821, 822, 829/5, 829/7, 831/4, 834/1, 839/2, 841/2, 842, 843, 844/1, 844/3, 858/15, 858/25, 873/29, 1027/a, 1052/2, 1052/3, 1052/4, 1052/7, 1052/8, 1052/10, 1052/a, 1054/1, 1054/3, 1054/4, 1054/5, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1064/3, 1064/4, 1065, 1188/1, 1188/2, 1189, 1189/a, 1189/b, 1189/c, 1190, 1190/1, 1190/2, 1190/b, 1190/c, 1244/2, 1251/1, 1273/6, 1273/11, 1273/12, 1273/14, 1273/15, 1297, 1298/5, 1298/6, 1300/1, 1300/2
Sörmitz	35/3
Gemeinde Dorfchemnitz	
Gemarkung	Flurstücke
Dorfchemnitz	883/g, 884, 894, 917/20, 946, 950, 955, 958, 959, 960, 961, 965, 966, 969, 970, 971, 975, 976, 977, 978, 979, 982, 1001, 1002, 1007, 1008, 1011, 1016, 1017, 1027, 1028, 1029, 1029/a, 1030, 1031, 1032, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1040, 1041, 1042, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1052, 1055, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334
Gemeinde Eppendorf	
Gemarkung	Flurstücke
Eppendorf	1234, 1235, 1255, 1279/c
Stadt Flöha	
Gemarkung	Flurstücke
Flöha	177/19, 177/22, 177/54, 195/33, 208/3, 208/4, 341/5, 549/3, 562/2, 562/3, 601/42, 736/8, 736/10, 736/13, 736/22, 736/23, 736/25, 738/2
Gückelsberg	5/7, 5/22
Stadt Frankenberg/Sa.	
Gemarkung	Flurstücke
Langenstriegis	117/1, 130/4, 214/1, 214/c
Stadt Frauenstein	
Gemarkung	Flurstück
Burkersdorf	571/3
Stadt Freiberg	
Gemarkung	Flurstücke
Freiberg	4071/3, 4078/3, 4146, 4152, 4154, 4156/1, 4156/2, 4158, 4159/1, 4162, 4167/1, 4167/2, 4167/3, 4168, 4170/4, 4172, 4173, 4175, 4176, 4177, 4178
Zug	53/a, 148
Gemeinde Großhartmannsdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Großhartmannsdorf	157/e, 157/f, 158/1

Stadt Großschirma	
Gemarkung	Flurstücke
Großschirma	1094/1
Rothenfurth	75/3, 75/4, 76/4, 76/5
Gemeinde Lichtenberg/Erzgeb.	
Gemarkung	Flurstücke
Lichtenberg	1074, 1135
Gemeinde Mühlau	
Gemarkung	Flurstück
Mühlau	161
Gemeinde Mulda/Sa.	
Gemarkung	Flurstücke
Mulda	377, 429, 430, 466, 601, 606, 620, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716/a, 716/b, 717, 718, 777, 778, 782/1, 787, 792, 793
Zethau	153/1, 420, 423/7, 427, 442/1, 442/a, 451, 452/b, 459, 460, 462, 470, 471, 473, 476, 480/a, 1263, 1282, 1284, 1285, 1286, 1287
Gemeinde Niederwiesa	
Gemarkung	Flurstücke
Braunsdorf	25/5, 34/1, 34/a, 36/a, 36/c, 36/d, 37/9
Gemeinde Rossau	
Gemarkung	Flurstück
Niederrossau	431/1

Landkreis Nordsachsen	
Gemeinde Arzberg	
Gemarkung	Flurstücke
Triestewitz Flur 7	alle Flurstücke
Triestewitz Flur 11	alle Flurstücke
Stadt Bad Düben	
Gemarkung	Flurstücke
Bad Düben Flur 8	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 12	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 13	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 17	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 18	alle Flurstücke
Bad Düben Flur 19	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 2	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 3	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 5	alle Flurstücke
Schnaditz Flur 6	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 1	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 2	alle Flurstücke
Tiefensee Flur 3	alle Flurstücke
Wellaune Flur 3	alle Flurstücke
Gemeinde Beilrode	
Gemarkung	Flurstücke
Dautzschen Flur 1	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 3	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 4	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 5	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 7	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 8	alle Flurstücke
Dautzschen Flur 10	alle Flurstücke
Großtreben Flur 9	alle Flurstücke
Großtreben Flur 10	alle Flurstücke
Großtreben Flur 11	alle Flurstücke
Großtreben Flur 12	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 1	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 2	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 3	alle Flurstücke

Rosenfeld Flur 4	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 5	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 6	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 7	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 8	alle Flurstücke
Rosenfeld Flur 9	alle Flurstücke
Stadt Belgern-Schildau	
Gemarkung	Flurstücke
Wohlau Flur 6	alle Flurstücke
Wohlau Flur 7	alle Flurstücke
Wohlau Flur 8	alle Flurstücke
Wohlau Flur 9	alle Flurstücke
Gemeinde Cavertitz	
Gemarkung	Flurstücke
Schirmenitz	alle Flurstücke
Treptitz	alle Flurstücke
Stadt Dahlen	
Gemarkung	Flurstücke
Dahlen	45/2, 491, 3056, 3057
Stadt Dommitzsch	
Gemarkung	Flurstücke
Dommitzsch Flur 11	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 12	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 13	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 14	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 15	alle Flurstücke
Dommitzsch Flur 16	alle Flurstücke
Gemeinde Elsnig	
Gemarkung	Flurstücke
Drebligar Flur 1	alle Flurstücke
Drebligar Flur 2	alle Flurstücke
Drebligar Flur 3	alle Flurstücke
Drebligar Flur 4	alle Flurstücke
Drebligar Flur 8	alle Flurstücke
Drebligar Flur 9	alle Flurstücke
Drebligar Flur 10	alle Flurstücke
Gemeinde Laußig	
Gemarkung	Flurstücke
Gruna Flur 1	alle Flurstücke
Gruna Flur 2	alle Flurstücke
Gruna Flur 3	alle Flurstücke
Gemeinde Löbnitz	
Gemarkung	Flurstücke
Löbnitz Flur 2	alle Flurstücke
Löbnitz Flur 8	alle Flurstücke
Roitzschjora Flur 4	alle Flurstücke
Gemeinde Naundorf	
Gemarkung	Flurstücke
Hof	54, 62/4, 397/2, 423/7
Stadt Schkeuditz	
Gemarkung	Flurstücke
Dölzig	190/a, 190/b, 656/8, 707, 708, 709, 710, 711, 713/1, 913, 914, 915, 916, 919, 920/a, 920/b, 921, 922, 923, 924, 925, 927, 928, 933, 934, 937, 1075/10
Glesien Flur 1	92/4, 103/9
Glesien Flur 4	87/1
Kleinliebenau	7/1, 39, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 59, 77/1, 78/1, 79/1, 82/1, 83/1, 85/1, 86/1, 87/1, 89/1, 95/1, 96/1, 97/1, 98/1, 99/1, 124/1, 127/1, 134, 149/1, 227/1, 230/1

Stadt Taucha	
Gemarkung	Flurstücke
Dewitz	27, 38, 38/a, 77, 84, 163/1, 163/2, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 204, 242, 243/2, 251, 252
Döbitz	176/10, 177
Sehlis	9/8, 10, 10/a, 11, 12/1, 19/1, 21, 23, 24/1, 24/2, 24/a, 25, 26/1, 26/2, 27, 105, 107, 225
Stadt Torgau	
Gemarkung	Flurstücke
Graditz Flur 1	alle Flurstücke
Graditz Flur 2	alle Flurstücke
Graditz Flur 3	alle Flurstücke
Torgau Flur 3	alle Flurstücke
Torgau Flur 4	alle Flurstücke
Torgau Flur 40	alle Flurstücke
Gemeinde Wiedemar	
Gemarkung	Flurstücke
Wiedemar Flur 3	34/20, 39, 43/1, 64, 101/2, 101/3, 610
Wiedemar Flur 5	7/3, 7/5, 18, 19, 20, 21, 22
Wiesenena Flur 2	9/2
Wiesenena Flur 4	9/2, 45, 70/1, 71, 74/1, 181/50
Wiesenena Flur 7	3/3, 6/4
Wiesenena Flur 11	4/2
Gemeinde Zschepplin	
Gemarkung	Flurstücke
Glauchau Flur 1	alle Flurstücke
Glauchau Flur 2	alle Flurstücke
Glauchau Flur 6	alle Flurstücke
Zschepplin Flur 5	alle Flurstücke

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	
Gemeinde Bannewitz	
Gemarkung	Flurstück
Gaustritz	20
Stadt Dippoldiswalde	
Gemarkung	Flurstücke
Niederpöbel	167, 169
Obercarsdorf	1/1, 129
Ulberndorf	1/g, 13, 19/5
Stadt Dohna	
Gemarkung	Flurstücke
Dohna	281/1, 281/2
Gamig	1/21, 1/22
Krebs	17/1, 134, 136/1, 136/2, 140/1, 207/12, 207/14
Meusegast	222/3, 222/5, 250/1, 252/1, 253, 283/c, 284/1, 285/4
Gemeinde Klingenberg	
Gemarkung	Flurstücke
Friedersdorf	275/1, 279, 281, 283/4, 283/5, 283/6, 283/7, 283/8, 283/9, 283/10, 283/11, 283/12, 283/13, 283/14, 283/15, 283/16, 283/17, 283/18, 283/19, 283/20, 283/21, 293, 295, 297/a, 297/b, 297/d, 300/b, 301, 303, 307, 767, 775, 778, 786, 798, 800, 808, 810, 814, 824, 849, 849/d, 849/f, 849/h, 849/i, 849/k, 849/l, 857/1, 866, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 875, 876, 881, 883, 890, 891, 892, 893, 894, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906
Gemeinde Kreischa	
Gemarkung	Flurstücke
Brösgen	25, 26, 31, 36, 39, 59, 60, 62, 66, 72, 79
Gombsen	449/1
Kautzsch	44/a, 46, 48, 49, 51, 56/b, 57, 68, 69, 70, 71, 72/1, 73/7, 76/1, 77/1, 81/1, 126/2
Kleba	21, 24/4, 27/1, 27/2, 28, 29, 31/1, 33, 35/1, 37, 38, 94/1, 101, 104, 108, 110, 116
Kleincarsdorf	40/10, 40/11, 40/b, 40/c, 42, 42/1, 43, 44, 44/a, 45, 46, 48, 54, 54/a, 54/b, 54/c, 55, 55/e, 58, 65/a, 66, 70, 71, 73/1, 74, 77/1, 77/11, 80, 93/6, 130/2, 132, 134, 135, 137
Lungkwitz	126/1, 126/3, 126/5, 127/1, 127/2, 131/1, 313, 374, 375, 376/4, 379/3, 379/4, 392, 393, 396, 398, 399, 400

Mittelkreischka	50/c, 52/3, 54, 55, 62, 64/1, 72/2, 73/2, 84/2, 84/7, 84/12, 84/13, 84/14
Niederkreischka	104/2, 109/1, 117, 119, 122, 124, 125/2, 125/a, 125/b, 126, 127/3, 168, 170/1, 170/2, 176, 177, 178, 180, 180/a, 180/b, 194/1, 207/2, 208/1, 211/1, 222/1, 237/4, 322, 356, 357, 358, 359, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 392
Oberkreischka	118
Saida	88/1
Theisewitz	5/1, 9/3, 10/2, 14/2, 14/3, 16, 23/2
Wittgensdorf	34, 36/1, 37/1, 38/1, 39/1, 130, 150/1, 152/2, 152/5, 152/6, 155
Zscheckwitz	6/1, 12/1, 16/1, 25, 29, 39, 41/1
Gemeinde Lohmen	
Gemarkung	Flurstücke
Lohmen	247, 248/1, 250/4, 250/6, 250/7, 264/b, 264/c, 401/34, 485/1, 499/d, 500/3, 500/4, 504, 505/1, 510/1, 511/9, 512/3, 513/4, 568/h, 568/i, 574/a, 574/b, 574/e, 574/f, 574/m, 574/o, 574/p, 574/q, 574/r, 574/s, 575/b, 575/f, 575/g, 575/h, 575/i, 575/m, 575/n, 575/p, 575/q, 587
Stadt Neustadt in Sachsen	
Gemarkung	Flurstücke
Berthelsdorf	3, 4, 7, 8, 14/a, 16/1, 17/c, 35, 100, 101, 106/2, 106/3, 106/4, 108/4, 108/7, 108/10, 129/a, 153/c, 153/f, 153/g, 153/k, 153/q, 529/b, 552, 555/a, 555/b
Langburkersdorf	906/1, 934, 935
Neustadt	576/53, 577/1, 578/3, 589, 717/1, 724, 727, 728, 730, 735, 736/1, 736/a, 740/2, 740/3, 741/3, 800, 806, 814, 815/1, 815/3
Niederottendorf	98/1, 99/2, 165/7, 167/6, 311/1, 531/3
Polenz	408/f, 408/g, 410, 410/a, 1014/3, 1014/5, 1015/1
Stadt Rabenau	
Gemarkung	Flurstücke
Großoelsa	356/1, 384/8
Gemeinde Kurort Rathen	
Gemarkung	Flurstück
Niederrathen	6/c
Gemeinde Rosenthal-Bielatal	
Gemarkung	Flurstücke
Rosenthal	458/1, 458/b, 460/2
Stadt Stadt Wehlen	
Gemarkung	Flurstücke
Dorf Wehlen	67/4, 423/1, 429/1, 430/1, 435/1, 437, 439, 441/1, 444/1, 448, 448/a, 474, 478/a, 478/b, 478/c, 479/a, 483/a, 490/a, 495/a
Stadt Stolpen	
Gemarkung	Flurstücke
Langenwolmsdorf	74/a, 207, 212/3, 215/3, 301, 302/a, 501, 502, 516, 537, 541, 547, 548/5, 548/7, 868, 886, 1176, 1206, 1221, 1523/2, 1523/3, 1593/29
Stadt Wilsdruff	
Gemarkung	Flurstücke
Grumbach	142/2, 143/5, 144, 145/4, 145/6, 145/8, 145/9, 145/10, 146/22, 148, 151/3, 152, 153, 174/2, 332/4, 495, 497, 501, 502, 508, 511, 518, 519, 531, 1326, 1347/1, 1351, 1352/1, 1353, 1353/a, 1385, 1388/1, 1513/2, 1513/3, 1513/4, 1513/6, 1770/1, 1770/2
Wilsdruff	485, 486/2, 496/9, 898, 899/1, 899/2, 911, 912, 915, 996, 998, 999, 1000, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1009, 1010, 1011, 1015
Vogtlandkreis	
Stadt Netzschkau	
Gemarkung	Flurstücke
Netzschkau	415/7, 415/8, 415/15, 415/29, 415/32, 415/h, 416/3, 416/4, 416/6, 416/7, 545/7, 545/17, 603/10, 603/12
Stadt Reichenbach im Vogtland	
Gemarkung	Flurstücke
Mylau	450/b, 453/7, 453/8, 453/9, 453/10, 453/11, 453/12, 454/3, 454/4, 456/1, 463/5, 682/c, 691, 692/3, 723/52, 723/53

Landkreis Zwickau	
Gemeinde Bernsdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Bernsdorf	953, 954, 955
Rüsdorf	91
Gemeinde Callenberg	
Gemarkung	Flurstücke
Langenchursdorf	1053/6, 1069/1
Meinsdorf	77/2, 77/3, 77/a
Gemeinde Dennheritz	
Gemarkung	Flurstücke
Niederschindmaas	269, 270, 273
Gemeinde Gersdorf	
Gemarkung	Flurstücke
Gersdorf	177/6, 179/2, 179/15, 446/4, 449, 452, 454, 455, 456
Stadt Glauchau	
Gemarkung	Flurstücke
Gesau	195/5, 200
Höckendorf	163/1, 165/1, 166/1
Jerisau	228/6, 228/7, 228/8, 315/1, 316/1, 317/3, 318/1, 319/1, 329/2
Niederlungwitz	14/d, 38/f, 38/m, 38/n, 60/1, 72/1, 72/2, 72/3, 73/1, 73/2, 73/3, 74/1, 74/2, 74/3, 74/6, 74/7, 85/1, 90/1, 98/2, 101/1, 194/3, 197/2, 200/3, 200/4, 601/1, 642/2, 646/5, 658/3, 686/b, 688/3, 704, 716/c, 718, 722, 729, 790/1, 790/6, 790/7, 790/8, 912/45, 912/47, 912/48, 912/i, 929/2, 930/2
Reinholdshain	93/2, 126/a, 448/3, 451/1, 466, 467/1, 468/3, 469/2, 469/3, 471/3
Wernsdorf	737, 783, 784, 786, 788, 789, 790, 793, 794, 795, 796, 798
Gemeinde Langenbernsdorf	
Gemarkung	Flurstück
Langenbernsdorf	93/7
Stadt Lichtenstein/Sa.	
Gemarkung	Flurstücke
Lichtenstein	1124, 1128/1, 1128/a, 1133, 1138/1, 1143, 1460
Stadt Limbach-Oberfrohna	
Gemarkung	Flurstücke
Bräunsdorf	1/56, 2/b, 2/c, 3, 3/b, 3/d, 4/a, 4/g, 7/2, 7/3, 7/g, 13/a, 19/5, 20/2, 20/6, 34, 35, 38, 38/a, 38/b, 39, 39/a, 40, 101/2, 103, 117, 118, 125/a, 126, 134/1, 136/1, 142, 142/1, 144/a, 144/d, 150/1, 168, 169, 170, 187/1, 188/c, 207/6, 207/7, 208/4, 627/2
Herrnsdorf	4/a, 13/1, 13/2, 23/2, 24/1, 24/2, 25/a, 25/b, 29/a, 52, 55, 131/2
Kändler	21/1, 32/7, 215/1, 216/7, 216/8, 403/3, 403/6, 405, 406/1, 413/7, 414, 415, 416, 417, 442/1, 443/1, 443/2, 488/4, 489
Pleißä	24/1, 26, 29, 33, 34, 37, 38/8, 39/39, 78, 79, 83, 90/1, 92, 93/1, 94/1, 97/2, 97/4, 97/6, 97/7, 97/9, 97/12, 97/14, 97/15, 132/2, 138, 154, 155, 174, 177/2, 185, 185/2, 188/1, 188/2, 197, 203, 243/1, 243/3, 251/2, 262, 264/2, 270, 272/1, 355/1, 356, 357/1, 358/4, 358/5, 373, 377/1, 377/6, 377/7, 378/2, 378/3, 378/10, 378/11, 378/a, 380, 518, 523, 524, 526/5, 529/5, 529/6, 529/8, 529/9, 529/11, 529/a
Stadt Meerane	
Gemarkung	Flurstücke
Meerane	121, 476/5, 556/4, 698, 2189, 2193/1, 2196, 2200, 2201, 2202, 2210, 2211, 2214/1, 2216/1, 2219/1, 2219/3, 2219/4, 2555, 2560/1, 2565/1, 2623/2, 2623/c
Seiferitz	56/1, 58/1
Gemeinde Mülsen	
Gemarkung	Flurstücke
Mülsen St. Niclas	839, 840, 841, 845, 846, 849/2, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860/1, 861/1, 914/e, 1115/9
Gemeinde Remse	
Gemarkung	Flurstücke
Kertzsch	136, 139
Remse	68/2, 114/2, 114/3, 114/10, 181/18, 181/19, 184/1, 184/6, 185/4, 185/8, 185/12, 185/13, 229/a, 333/6, 339/2, 436/1, 437/2, 438/1
Gemeinde St. Egidien	
Gemarkung	Flurstücke
St. Egidien	730, 731, 740/11

Stadt Waldenburg	
Gemarkung	Flurstücke
Waldenburg	664/1, 674/1, 675/1, 676/1, 677/1, 677/3, 678, 679, 1339/6, 1339/8, 1339/9, 1340
Stadt Wilkau-Haßlau	
Gemarkung	Flurstücke
Niederhaßlau	181/1, 182
Stadt Zwickau	
Gemarkung	Flurstücke
Bockwa	142/3
Crossen	409, 412/6, 530/3, 530/4, 530/5, 530/6, 530/7, 530/8, 639, 645/1, 645/3, 646/1, 646/3, 648/1, 649/1, 650/1, 652/2, 680/2, 693/2, 696/2, 697/2
Mosel	408/8, 408/11, 408/12
Oberrothenbach	200/2, 201/2
Pölbitz	1/5, 6/f, 101/21, 292/1, 293/1, 302/2, 305/2, 308/1, 311/1, 318/2, 322, 324, 325, 329/2, 333/3, 342/1, 346, 347/1, 348, 348/1, 348/d, 348/e, 350/3, 350/4, 351/1, 351/2, 352, 353/2, 357/5, 357/7, 693/4, 693/6, 695/38, 695/39
Schlunzig	64, 65, 66, 67, 69/4, 88, 89, 90, 124/2, 124/4, 125/3, 126, 127/1, 127/2, 133, 134/1, 135/1, 136/1, 137/1, 137/4, 140/1, 140/2, 141/1, 141/2, 142/2, 143/1, 143/3, 143/4, 150/1, 150/2, 151/3, 172/18, 177/13, 178/9, 179/2, 180/3, 180/4, 180/5, 180/6, 180/7, 180/8, 181/12, 181/14, 182/7, 184/8, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 239

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Genehmigung nach dem Verpackungsgesetz

Az.: 45-8601/17/17

Vom 7. Dezember 2021

Gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4363) geändert worden ist, wird nachstehende Genehmigung bekannt gegeben:

Auf Antrag der Interseroh+ GmbH, Stollwerckstraße 9a, 51149 Köln (nachstehend Antragstellerin genannt) vom 6. Mai 2021, ergänzt durch die Nachträge vom 24. August 2021, 10. September 2021 und 21. September 2021, ergeht gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4363) geändert worden ist, folgender Bescheid:

1. Der Antragstellerin wird auf Antrag vom 6. Mai 2021 auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen der Betrieb als System gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes genehmigt.
2. Der Bescheid ergeht unter folgenden Nebenbestimmungen:
 - a) Die Antragstellerin hat bis zum 31. März 2022 für diejenigen Vertragsgebiete, für die noch keine Leistungsverträge vorgelegt wurden, rechtsverbindlich unterzeichnete Verträge mit Entsorgern über die regelmäßige Abholung gebrauchter Verpackungsmaterialien aus Kunststoff, Weißblech, Aluminium und Verbunden (Leichtverpackungen LVP) und Glas vorzulegen. Leistungsverträge, die nach der Genehmigungserteilung rechtsverbindlich unterzeichnet werden, sind rückwirkend zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Bescheides abzuschließen. Dies gilt auch dann, wenn die Aufnahme des operativen Betriebs des Systems erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.
 - b) Die Antragstellerin ist verpflichtet, die Genehmigungsbehörde unverzüglich und schriftlich über die Kündigung von Leistungs-, Sortier- oder Verwertungsverträgen durch einen Vertragspartner, die die Antragstellerin mit Entsorgungs- und Verwertungsunternehmen abgeschlossen hat, zu informieren. Die Antragstellerin hat bis zum Ablauf der jeweils vertraglich festgelegten ordentlichen Kündigungsfrist beziehungsweise bei befristeten Verträgen zum Ende der Befristung einen neuen Vertrag vorzulegen, der die zur Erfüllung der Systemanforderungen erforderlichen Verpflichtungen vollumfänglich enthält.
 - c) Sollten Abstimmungsvereinbarungen mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern gekündigt werden oder auslaufen, so ist eine neue Abstimmungsvereinbarung zu schließen, die den Anforderungen des § 22 des Verpackungsgesetzes entspricht. Zeichnet sich ab, dass es bei der Verhandlung einer Abstimmungsvereinbarung zu Verzögerungen kommt und eine neue nicht lückenlos zum Ablauf der ausgelaufenen beziehungsweise gekündigten Abstimmungsvereinbarung geschlos-

sen werden kann, so ist die Genehmigungsbehörde unverzüglich hierüber in Kenntnis zu setzen.

- d) Die Beteiligung an der Gemeinsamen Stelle nach § 19 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes ist spätestens drei Monate nach Bekanntgabe dieses Bescheides nachzuweisen. Erfolgt dies nicht, so wird dieser Bescheid ohne eine weitere Entscheidung der Genehmigungsbehörde kraft Gesetzes unwirksam.
- e) Die Antragstellerin ist verpflichtet, dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und/oder einem von diesem beauftragten Dritten alle notwendigen Auskünfte zu erteilen, die zur Überwachung der Einhaltung der sich aus dem Verpackungsgesetz und diesem Bescheid ergebenden Anforderungen benötigt werden. Die Antragstellerin gewährleistet, dass dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und/oder dem von diesem beauftragten Dritten zu den oben genannten Überwachungszwecken Zutritt zu den zur Umsetzung des Verpackungsgesetzes genutzten Anlagen und die erforderliche Einsicht in sämtliche Unterlagen gewährt wird. Die Antragstellerin übermittelt dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft unaufgefordert und unverzüglich alle Informationen, die die Voraussetzungen der Genehmigung berühren können.
- f) Die Antragstellerin teilt die Aufnahme des operativen Betriebs dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie den übrigen Systemen unverzüglich mit.

Die Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Nebenbestimmungen bleibt gemäß § 18 Absatz 2 des Verpackungsgesetzes vorbehalten, soweit dies zur Erfüllung der Vorgaben des Verpackungsgesetzes erforderlich ist. § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt hiervon unberührt.

3. Der Bescheid ist sofort vollziehbar.

4. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens. Die Kostenentscheidung ergeht durch gesonderten Bescheid.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben. Die Klage

muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Die Klage kann auch in elektronischer Form nach § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elek-

tronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I Satz 3803) in der jeweils geltenden Fassung, erhoben werden.

Dresden, den 7. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Dr. Erik Nowak
Referatsleiter Wertstoffwirtschaft

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Genehmigung nach dem Verpackungsgesetz

Az.: 45-8601/17/16

Vom 7. Dezember 2021

Gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4363) geändert worden ist, wird nachstehende Genehmigung bekannt gegeben:

Auf Antrag der Altera System GmbH, Horst-Henning-Platz 1, 51373 Leverkusen (nachstehend Antragstellerin genannt) vom 8. Juli 2021, ergänzt durch die Nachträge vom 26. August 2021, 2. September 2021, 29. September 2021, 19. Oktober 2021, 28. Oktober 2021 und 15. November 2021, ergeht gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4363) geändert worden ist, folgender Bescheid:

1. Der Antragstellerin wird auf Antrag vom 8. Juli 2021 auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen der Betrieb als System gemäß § 18 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes genehmigt.
2. Der Bescheid ergeht unter folgenden Nebenbestimmungen:
 - a) Die Antragstellerin hat bis zum 31. März 2022 für diejenigen Vertragsgebiete, für die noch keine Leistungsverträge vorgelegt wurden, rechtsverbindlich unterzeichnete Verträge mit Entsorgern über die regelmäßige Abholung gebrauchter Verpackungsmaterialien aus Kunststoff, Weißblech, Aluminium und Verbunden (Leichtverpackungen LVP) und Glas vorzulegen. Leistungsverträge, die nach der Genehmigungserteilung rechtsverbindlich unterzeichnet werden, sind rückwirkend zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Bescheides abzuschließen. Dies gilt auch dann, wenn die Aufnahme des operativen Betriebs des Systems erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.
 - b) Die Antragstellerin ist verpflichtet, die Genehmigungsbehörde unverzüglich und schriftlich über die Kündigung von Leistungs-, Sortier- oder Verwertungsverträgen durch einen Vertragspartner, die die Antragstellerin mit Entsorgungs- und Verwertungsunternehmen abgeschlossen hat, zu informieren. Die Antragstellerin hat bis zum Ablauf der jeweils vertraglich festgelegten ordentlichen Kündigungsfrist beziehungsweise bei befristeten Verträgen zum Ende der Befristung einen neuen Vertrag vorzulegen, der die zur Erfüllung der Systemanforderungen erforderlichen Verpflichtungen vollumfänglich enthält.
 - c) Sollten Abstimmungsvereinbarungen mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern gekündigt werden oder auslaufen, so ist eine neue Abstimmungsvereinbarung zu schließen, die den Anforderungen des § 22 des Verpackungsgesetzes entspricht. Zeichnet sich ab, dass es bei der Verhandlung einer Abstimmungsvereinbarung zu Verzögerungen kommt und eine neue nicht lückenlos zum Ablauf der ausgelaufenen beziehungsweise

gekündigten Abstimmungsvereinbarung geschlossen werden kann, so ist die Genehmigungsbehörde unverzüglich hierüber in Kenntnis zu setzen.

- d) Die Beteiligung an der Gemeinsamen Stelle nach § 19 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes ist spätestens drei Monate nach Bekanntgabe dieses Bescheides nachzuweisen. Erfolgt dies nicht, so wird dieser Bescheid ohne eine weitere Entscheidung der Genehmigungsbehörde kraft Gesetzes unwirksam.
- e) Die Antragstellerin ist verpflichtet, dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und/oder einem von diesem beauftragten Dritten alle notwendigen Auskünfte zu erteilen, die zur Überwachung der Einhaltung der sich aus dem Verpackungsgesetz und diesem Bescheid ergebenden Anforderungen benötigt werden. Die Antragstellerin gewährleistet, dass dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und/oder dem von diesem beauftragten Dritten zu den oben genannten Überwachungszwecken Zutritt zu den zur Umsetzung des Verpackungsgesetzes genutzten Anlagen und die erforderliche Einsicht in sämtliche Unterlagen gewährt wird. Die Antragstellerin übermittelt dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft unaufgefordert und unverzüglich alle Informationen, die die Voraussetzungen der Genehmigung berühren können.
- f) Die Antragstellerin teilt die Aufnahme des operativen Betriebs dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie den übrigen Systemen unverzüglich mit.

Die Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Nebenbestimmungen bleibt gemäß § 18 Absatz 2 des Verpackungsgesetzes vorbehalten, soweit dies zur Erfüllung der Vorgaben des Verpackungsgesetzes erforderlich ist. § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt hiervon unberührt.

3. Der Bescheid ist sofort vollziehbar.
4. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens. Die Kostenentscheidung ergeht durch gesonderten Bescheid.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden schriftlich oder zur Niederschrift des Ur-

kundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Die Klage kann auch in elektronischer Form nach § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elek-

tronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I Satz 3803) in der jeweils geltenden Fassung, erhoben werden.

Dresden, den 7. Dezember 2021

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Dr. Erik Nowak
Referatsleiter Wertstoffwirtschaft

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Straße Am Buchenberg in Mittweida“

Vom 3. Dezember 2021

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 26. November 2021 – Gz.: 32-0522/1259/16, ist der Plan für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Straße Am Buchenberg in Mittweida“ gemäß § 39 Absatz 1 des Sächsischen Straßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, festgestellt worden.

Das Vorhaben umfasst den Ersatzneubau der Straße Am Buchenberg in Mittweida im Ortsteil Ringethal auf einer Länge von 300 m. Diese Gemeindestraße zweigt von der Kreisstraße K 8212 ab und verläuft entlang des Flusses Zschopau zum Siedlungsgebiet Am Buchenberg. Mit dem Vorhaben sollen Schäden beseitigt werden, die infolge des Hochwassers 2013 an der Fahrbahn und an der Uferbefestigung entstanden sind. Außerdem sind umfangreiche Hangsicherungsmaßnahmen vorgesehen, um die Steinschlaggefahr aus der hangseitigen Felsböschung zu unterbinden.

Das Vorhaben befindet sich innerhalb des FFH-Gebietes „Zschopautal“, welches durch die Richtlinie 92/43/EWG unter besonderem Schutz gestellt ist. Es besteht eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Dies ergibt sich aus § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist in Verbindung mit § 3 Absatz 1, Anlage 1 Nummer 2 c) des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 525), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762) geändert worden ist. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist als unselbständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt worden.

Dem Träger der Straßenbaulast wurden Auflagen, Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Die in der Planunterlage enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlage in der Zeit

vom 3. Januar 2022 bis einschließlich 17. Januar 2022

in der Stadtverwaltung Mittweida, Bürger- und Gästebüro (EG), Markt 32 in 09648 Mittweida, während der Dienststunden:

Montag	9:00–12:00 Uhr und 13:30–16:00 Uhr
Dienstag	9:00–12:00 Uhr und 13:30–16:00 Uhr
Donnerstag	9:00–12:00 Uhr und 13:30–18:00 Uhr
Freitag	9:00–12:00 Uhr

zu jedermanns Einsicht aus.

Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss auch von den Betroffenen schriftlich angefordert werden.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss im UVP-Portal unter <https://www.uvp-verbund.de/> eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Chemnitz, den 3. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen
Kamps
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage zum Schmelzen
und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei)
der Firma Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH
am Standort Rackwitz
– Änderungen zum Erörterungstermin –**

Gz.: 44-8431/2514

Vom 9. Dezember 2021

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 16. September 2021 im Sächsischen Amtsblatt Nummer 39 vom 30. September 2021 sowie im Internet unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> – Rubrik Umweltschutz wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren der wesentlichen Änderung der Anlage zum Schmelzen und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei) ein Erörterungstermin in 04519 Rackwitz, Märchenweg 2, für den 20. Dezember 2021 angekündigt.

Der Vor-Ort-Erörterungstermin im Bürgertreff Rackwitz, Märchenweg 2 in 04519 Rackwitz wird **abgesagt** und anstelle dessen aufgrund der Beschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie eine **Online-Konsultation** gemäß § 5 Absatz 1, 3 und 4 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, durchgeführt. Die Online-Konsultation dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen zu behandeln. Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Teilnahmeberechtigte sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Für die Online-Konsultation werden den oben genannten Teilnahmeberechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 des Planungssicherstellungsgesetzes zugänglich gemacht. Diese umfassen eine Einführung zur Online-Konsultation, die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten sowie der Antragstellerin, die sich mit den eingegangenen Einwendungen auseinandersetzen. Daneben werden die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung dieser Inhalte erfolgt ab dem **5. Januar 2022** über die SiDaS-Cloud der Sächsischen Landesverwaltung.

Den Einwendern werden Hinweise für die Durchführung der Online-Konsultation sowie die Zugangsdaten für die SiDaS-Cloud separat per Post mitgeteilt.

Außerdem erfolgt die Bereitstellung an folgenden Stellen zeitgleich in Papierform

1. in der Dienststelle Leipzig der Landesdirektion Sachsen, Braustraße 2 in 04107 Leipzig, Abteilung Umwelt-

schutz, Referat Immissionsschutz, Zimmer 407, Telefon: 0341/977 4433

Montag bis Donnerstag von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und Freitag von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr

2. in der Gemeindeverwaltung Rackwitz, Hauptstraße 11 in 04519 Rackwitz, Bauverwaltung, 2. Etage, Zimmer 32, Telefon: 034294/711 32 und 034294/711 33
Montag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie ist zur Einhaltung der gesetzlich geforderten Schutzmaßnahmen für Einsichtnahmen in die in Papierform ausgelegten Dokumente eine vorherige Anmeldung während der Dienststunden unter den oben angegebenen Kontaktdaten notwendig.

Da bei einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zugelassen wäre, können auch Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, Einsicht in die Dokumente nehmen. Dies kann bei den oben genannten Behörden oder durch Beauftragung der Übersendung der Dokumente bei der Landesdirektion Sachsen, Braustraße 2 in 04107 Leipzig, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0341/977 4433, daniela.adam@lds.sachsen.de erfolgen.

Die Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, sind jedoch nicht berechtigt, sich zu den Dokumenten der Online-Konsultation zu äußern.

Den zur aktiven Teilnahme oben genannten Berechtigten wird Gelegenheit gegeben, sich in der Zeit **vom 5. Januar 2022 bis einschließlich 19. Januar 2022** schriftlich gegenüber den oben genannten Behörden oder elektronisch per E-Mail unter daniela.adam@lds.sachsen.de oder info@gemeinde-rackwitz.de zu den sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Belangen zu äußern.

Mit der Möglichkeit zur erneuten Äußerung im Rahmen der Online-Konsultation wird keine neue, zusätzliche Einwendungsmöglichkeit eröffnet. Die Regelungen über die Online-Konsultation lassen einen bereits eingetretenen Ausschluss von Einwendungen unberührt (§ 5 Absatz 4 Satz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes). Die Teilnahme an der Online-Konsultation ist nicht verpflichtend. Es kann auch ohne die Mitwirkung eines zur Teilnahme Berechtigten entschieden werden.

Zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 5 Absatz 4 des Planungssicherstellungsgesetzes ist es ausreichend, wenn den zur Teilnahme Berechtigten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Unabhängig von einer Teilnahme an der Online-Konsultation wird die Genehmigungsbehörde die in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen prüfen und darüber entscheiden.

Beiträge im Rahmen der Online-Konsultation werden der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, zur Verfügung gestellt, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Mit dem Abschluss der Online-Konsultation ist die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren beendet.

Fragen zur Online-Konsultation können von Montag bis Freitag in der Zeit von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr per Telefon: 0341/ 977 4410 oder per E-Mail: cornelia.helbig@lds.sachsen.de an die Landesdirektion Sachsen gerichtet werden.

Diese Bekanntmachung ist vom 17. Dezember 2021 bis einschließlich 19. Januar 2022 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen:
<https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Leipzig, den 9. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Entstehung der Claudius Augustus Familienstiftung**

Gz.: 20-2245/684/1

Vom 10. Dezember 2021

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 9. Dezember 2021 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 22. November 2021 errichtete „Claudius Augustus Familienstiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Dresden entstanden. Zweck der Stiftung ist im Wesentlichen die Versorgung sowie die Förderung des Wohls und der Interessen der Stifter und ihrer leiblichen Nachkommen in gerader Linie („Stifter-Familie“; Destinatäre) in allen Le-

benslagen, zum Beispiel durch einmalige oder regelmäßige Zuwendungen.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 10. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen
Koller
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung

Vom 6. Dezember 2021

Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer, gibt hiermit gemäß Artikel 7 des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Zugehörigkeit der Kammerangehörigen Ingenieure des Freistaats Sachsen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 16./18. Juni 1998 (SächsGVBl.

S. 502) die Änderung der Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vom 18. Januar 1995, zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Dezember 2020 (SächsABl. Nr. 52, S. 1445 – 1446) durch Satzung vom 2. Dezember 2021 bekannt. Das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung hat der Satzung mit Schreiben vom 29. Oktober 2021 zugestimmt.

München, den 6. Dezember 2021

Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung,
gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer

Daniel Just

Vorstandsvorsitzender

Ulrich Böger

Stellv. Vorstandsvorsitzender

Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung

Vom 2. Dezember 2021

Aufgrund des Art. 10 Abs. 1 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl. S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2020 (GVBl. S. 678), erlässt die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vom 18. Januar 1995 (StAnz Nr. 4), zuletzt geändert durch Satzung vom 1. Dezember 2020 (StAnz Nr. 50), wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Abs. 3a werden die Worte „das 55. Lebensjahr vollendet“ durch die Worte „noch nicht die Altersgrenze für das obligatorische Altersruhegeld erreicht“ ersetzt.
2. In § 30 Abs. 7 Satz 1 wird die Zahl „2021“ durch die Zahl „2022“ ersetzt.

3. In § 44a wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für Personen, die am 31. Dezember 2021 das 55. Lebensjahr vollendet haben und die als Mitglied der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten aufgrund des § 13 Abs. 3a in der bis dahin geltenden Fassung nicht Mitglied im Versorgungswerk geworden sind, bleibt § 13 Abs. 3a in dieser Fassung maßgebend.“

§ 2

Die Satzung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Vorstehende Satzung wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Aufsicht) mit Schreiben A4-1235-9-19-46 vom 30. November 2021 genehmigt und wird hiermit ausgefertigt.

Landshut, den 2. Dezember 2021

Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung
Dr.-Ing. Werner Weigl
Vorsitzender des Verwaltungsrats

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Erzgebirgskreis
über die Genehmigung der Aufhebungsvereinbarung zur
Zweckvereinbarung
über ein gemeinsames Standesamt
zwischen der Gemeinde Stützengrün und der Gemeinde Schönheide**

Vom 6. Dezember 2021

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 22. November 2021 (AZ. 093.18/21-030.mo-54/60-08 AZVSt) auf der Grundlage von § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung der Gemeinde Schönheide und der Gemeinde Stützengrün zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und zur Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes wird auf der Grundlage der Aufhebungsvereinbarung vom 26. Oktober 2021 rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Aufhebungsvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

3. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Der Genehmigungsbescheid ist bestandskräftig und wird mit der Aufhebungsvereinbarung gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes zusätzlich auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) veröffentlicht.

Annaberg-Buchholz, den 6. Dezember 2021

Landratsamt Erzgebirgskreis
Vogel
Landrat

Aufhebungsvereinbarung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes

Vom 26. Oktober 2021

Zwischen der
Gemeindeverwaltung Schönheide,
vertreten durch den stellvertretenden Bürgermeister
Herrn Günter Möckel

und der
Gemeindeverwaltung Stützengrün,
vertreten durch den Bürgermeister
Herrn Volkmar Viehweg

wird auf der Grundlage der §§ 71 Absatz 1 und 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und § 2 Absatz 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (SächsAGPStG) vom 11. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 938), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, unter Zustimmung der oberen Fachaufsichtsbehörde nach § 2 Absatz 2 SächsAGPStG vom 18. November 2021 unter dem Az. 24-2338/2/37 folgende Aufhebungsvereinbarung geschlossen:

§ 1

Gegenstand der Aufhebungsvereinbarung

(1) Die Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes vom 24.11.2011 veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt am 29.12.2011 wird im gegenseitigen Einvernehmen, auf der Grundlage des Beschlusses des Gemeinderates der Gemeinde Schönheide vom 06.10.2021 Nr. GR-VII-148/2021 und des Gemeinderates Stützengrün vom 28.09.2021 Nr. GR 7/148/2021, nach Zustimmung der oberen Fachaufsichtsbehörde aufgehoben.

Schönheide, den 26. Oktober 2021

Günter Möckel
stellvertretender Bürgermeister
Gemeinde Schönheide

Stützengrün, den 25. Oktober 2021

Volkmar Viehweg
Bürgermeister
Gemeinde Stützengrün

(2) Die Gemeinde Schönheide übergibt zum 01.01.2022 der Gemeinde Stützengrün die gesamten im Besitz der Gemeinde Stützengrün befindlichen Personenstandsunterlagen (Personenstandsbücher und Sammelakten) für den Standesamtsbezirk Stützengrün.

§ 2 Kosten

(1) Alle Kosten die der Gemeinde Schönheide durch die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes entstehen, werden von den Gemeinden getragen.

(2) Die tatsächlichen gemäß § 2 und § 7 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes entstandenen Kosten, zur Deckung des Finanzbedarfes der Gemeinde Schönheide, werden durch die Gemeinde Schönheide ermittelt und von der Gemeinde Stützengrün bis zum 31. März 2022 beglichen.

§ 3 Inkrafttreten

(1) Diese Auflösungsvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Fachaufsicht.

(2) Die Aufhebungsvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Aufhebungsvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt mit Ablauf des 31.12.2021 in Kraft.

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Erzgebirgskreis
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung
zur Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um die Gebiete
der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau**

Vom 6. Dezember 2021

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 23. November 2021 (AZ. 093.18/21-030.mo-17-09 ZVSt) auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Zweckvereinbarung vom 15. November 2021 zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens sowie zur Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um die Gebiete der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau und dessen Finanzierung wird rechtsaufsichtlich genehmigt.

2. Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt zum 1. Januar 2022 in Kraft.

3. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Der Genehmigungsbescheid ist bestandskräftig und wird mit der Zweckvereinbarung gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes zusätzlich auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) veröffentlicht.

Annaberg-Buchholz, den 6. Dezember 2021

Landratsamt Erzgebirgskreis
Vogel
Landrat

Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen sowie zur Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um das Gebiet der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau und dessen Finanzierung

Inhalt

- § 1 Auflösung der Standesamtsbezirke Schönheide und Zschorlau
- § 2 Gegenstand der Zweckvereinbarung
- § 3 Eingliederung der Gebiete der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau in den Standesamtsbezirk Eibenstock
- § 4 Sitz und Rechtsnachfolge
- § 5 Rechte und Pflichten
- § 6 Personalübernahme
- § 7 Deckung des Finanzbedarfs und Kostenregelung
- § 8 Dauer und Kündigung der Zweckvereinbarung
- § 9 Weitere Vereinbarungen
- § 10 Inkrafttreten, Schlussbestimmungen

Die Stadt Eibenstock

Rathausplatz 1, 08309 Eibenstock,
vertreten durch den Bürgermeister Uwe Staab,

die Gemeinde Schönheide

Hauptstraße 43, 08304 Schönheide,
vertreten durch den amtierenden Bürgermeister,
vertreten durch den Stellvertretenden Bürgermeister Günter Möckel,

die Gemeinde Stützengrün

Hübelstraße 12, 08328 Stützengrün,
vertreten durch den Bürgermeister Volkmar Viehweg, und

die Gemeinde Zschorlau

**als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft
Zschorlau/Bockau,**

August-Bebel-Straße 78, 08321 Zschorlau,
vertreten durch den Bürgermeister Wolfgang Leonhardt,

schließen nach §§ 71 Abs. 1 und 72 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und § 2 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (SächsAGPStG) vom 11. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 938), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, unter Zustimmung der oberen Fachaufsichtsbehörde nach § 2 SächsAGPStG vom 18. November 2021 unter dem Az. 24-2338/2/37 folgende Zweckvereinbarung ab:

§ 1

Auflösung der Standesamtsbezirke Schönheide und Zschorlau

(1) Der Gemeinderat der Gemeinde Schönheide hat in seiner öffentlichen Sitzung am 6. Oktober 2021 mit Beschluss-Nr. GR-VII-148/2021 beschlossen, aufgrund der Aufhebungsvereinbarung der Zweckvereinbarung zur Über-

tragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes vom 25. Oktober 2021 den Standesamtsbezirk Schönheide mit Ablauf des 31. Dezember 2021 aufzulösen und die Aufgaben des Personenstandswesens nach § 1 Personenstandsgesetz (PStG) vom 19. Februar 2007 (BGBl. I, S. 122), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I, S. 882) geändert worden ist, ab dem 1. Januar 2022 auf den gemeinsamen Standesamtsbezirk Eibenstock zu übertragen.

(2) Der Gemeinderat der Gemeinde Stützengrün hat in seiner öffentlichen Sitzung am 28. September 2021 mit Beschluss-Nr. GR 7/152/2021 beschlossen, aufgrund der Aufhebungsvereinbarung der Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Personenstandswesens und der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes vom 25. Oktober 2021 den Standesamtsbezirk Schönheide mit Ablauf des 31. Dezember 2021 aufzulösen und die Aufgaben des Personenstandswesens nach § 1 PStG ab dem 1. Januar 2022 auf den gemeinsamen Standesamtsbezirk Eibenstock zu übertragen.

(3) Der Gemeinderat der Gemeinde Zschorlau hat in seiner öffentlichen Sitzung am 11. Oktober 2021 mit Beschluss-Nr. 2073/2021 beschlossen, den Standesamtsbezirk Zschorlau mit Ablauf des 31. Dezember 2021 aufzulösen und die Aufgaben des Personenstandswesens nach § 1 PStG ab dem 1. Januar 2022 auf den gemeinsamen Standesamtsbezirk Eibenstock zu übertragen.

(4) Der Gemeinschaftsausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau hat in seiner öffentlichen Sitzung am 13. Oktober 2021 mit Beschluss-Nr. VG002/2021 beschlossen, den Standesamtsbezirk Zschorlau mit Ablauf des 31. Dezember 2021 aufzulösen und die Aufgaben des Personenstandswesens nach § 1 PStG ab dem 1. Januar 2022 auf den gemeinsamen Standesamtsbezirk Eibenstock zu übertragen.

§ 2

Gegenstand der Zweckvereinbarung

(1) Die Gemeinden Schönheide, Stützengrün und die erfüllende Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau übertragen die ihnen nach § 1 PStG und § 1 SächsAGPStG obliegenden Aufgaben zur Erfüllung ab dem 1. Januar 2022 auf die Stadt Eibenstock.

(2) Die Stadt Eibenstock übernimmt ab dem 1. Januar 2022 die Aufgaben gemäß § 1 PStG und § 1 SächsAGPStG von den Gemeinden Schönheide, Stützengrün und der erfüllenden Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau und erledigt alle erforderlichen Aufgaben, bei denen die Mitwirkung des Standesamtes notwendig ist.

(3) Die Gemeinden Schönheide, Stützengrün und die erfüllende Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau stellen der Stadt Eibenstock die

gesamten in ihrem Besitz befindlichen Personenstandsunterlagen (Personenstandsbücher, Personenstandsregister, Sammelakten, weitere standesamtlichen Unterlagen) zur Übernahme der Aufgaben des Personenstandswesens zum 1. Januar 2022 zur Verfügung.

§ 3

Eingliederung der Gebiete der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau in den Standesamtsbezirk Eibenstock

(1) Der Stadtrat von Eibenstock hat in seiner öffentlichen Sitzung am 4. November 2021 mit Beschluss-Nr. 191/23/21 die Erweiterung des Standesamtsbezirkes Eibenstock um die Gemeindegebiete Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau ab dem 1. Januar 2022 beschlossen.

(2) Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2022 wird der Standesamtsbezirk Eibenstock geändert. Aufgenommen wird das Gebiet der Gemeinden Bockau, Schönheide, Stützengrün und Zschorlau mit dem Gebietsstand vom 31. Dezember 2021.

(3) Die Stadt Eibenstock und die Gemeinden Schönheide, Stützengrün und die erfüllende Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau bilden ab dem 1. Januar 2022 den gemeinsamen Standesamtsbezirk Eibenstock.

§ 4

Sitz und Rechtsnachfolge

(1) Der Sitz des Standesamtes ist die Stadt Eibenstock.

(2) Die Stadt Eibenstock mit dem Standesamtsbezirk Eibenstock ist Rechtsnachfolgerin der zum 31. Dezember 2021 aufgelösten Standesamtsbezirke Schönheide mit dem Gebiet der Gemeinde Stützengrün und Zschorlau mit dem Gebiet der Gemeinde Bockau.

§ 5

Rechte und Pflichten

(1) Die Stadt Eibenstock ist berechtigt, die mit den Aufgaben notwendigen Erklärungen Dritten gegenüber abzugeben.

(2) Die Gemeinde Schönheide stellt dem Standesamt der Stadt Eibenstock das Trauzimmer in der Villa Oschatz für die Durchführung von Eheschließungen kostenlos zur Verfügung.

(3) Die Gemeinde Stützengrün stellt dem Standesamt der Stadt Eibenstock das Trauzimmer im Rathaus Stützengrün für die Durchführung von Eheschließungen kostenlos zur Verfügung.

(4) Die Gemeinde Zschorlau stellt dem Standesamt der Stadt Eibenstock das Trauzimmer im Rathaus Zschorlau für die Durchführung von Eheschließungen kostenlos zur Verfügung.

§ 6

Personalübernahme

(1) Die Gemeinde Zschorlau als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau übergibt

mit den Aufgaben des Personenstandswesens das bei ihr für diese Aufgabe beschäftigte Personal 0,625 VzÄ (durchschnittlich 25 Std./Woche) unter Wahrung seines Besitzstandes mit allen Rechten und Anwartschaften aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis an die Stadt Eibenstock.

(2) Die Gemeinde Stützengrün übergibt mit den Aufgaben des Personenstandswesens das bei ihr für diese Aufgabe beschäftigte Personal 0,15 VzÄ (durchschnittlich 6 Std./Woche) unter Wahrung seines Besitzstandes mit allen Rechten und Anwartschaften aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis an die Stadt Eibenstock.

(3) Die Gemeinde Schönheide übergibt kein bei ihr beschäftigtes Personal an die Stadt Eibenstock.

(4) Die Personalübernahme mit Rücknahmeklausel wird gesondert geregelt. Das übernommene Personal wird für den Standesamtsbezirk Eibenstock bestellt und im Stellenplan der Stadt Eibenstock entsprechend berücksichtigt.

§ 7

Deckung des Finanzbedarfs und Kostenregelung

(1) Das Standesamt Eibenstock erhebt Kosten entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Maßgaben und beantragt die für die Aufgabenerfüllung möglichen Zuweisungen und Fördermittel.

(2) Die Gemeinden Schönheide, Stützengrün und die erfüllende Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau übergeben der Stadt Eibenstock alle zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben notwendigen Daten, Lizenzen, technischen Geräte und sonstigen Sachmittel.

(3) Einmalige Kosten und Investitionen im Zuge der Übernahme der Standesamtsaufgaben von den Gemeinden Schönheide, Stützengrün und der erfüllenden Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau werden im Wege der Umlagen nach Abs. 7 Satz 2 von allen Gemeinden getragen.

(4) Die jeweiligen Kosten im Zusammenhang mit der räumlichen Zusammenlegung („Umzug“) tragen die abgebenden Gemeinden in vollem Umfang.

(5) Im Rahmen der Aufgabenerfüllung anfallende Gebühren stehen der Stadt Eibenstock zu und sind durch sie zu erheben. Soweit die Erträge des Standesamtes zur Deckung des Finanzbedarfs für Personal- und Sachkosten einschließlich der investiven Kosten des Standesamtes im Haushaltsjahr nicht ausreichen, werden die verbleibenden Kosten durch die beteiligten Gemeinden über eine Umlage gedeckt.

(6) Die endgültige Ermittlung des erforderlichen Finanzbedarfs aufgrund der tatsächlichen Ist-Kosten (Personal- und Sachkosten sowie investive Kosten) gegenüber den erzielten Ist-Erträgen erfolgt bis zum 30. Juni des für den Abrechnungszeitraum folgenden Kalenderjahres. Über- bzw. Unterdeckungen werden gemäß Einwohner Schlüssel durch die abschließende Umlage ausgeglichen.

(7) Der Umlagebedarf errechnet sich zunächst aus der Heranziehung der Haushaltsplanwerte des Standesamtes für das jeweilige Haushaltsjahr (Personal- und Sachkosten sowie investive Kosten) und deren Erträgen nach Abs. 4. Die verbleibenden ungedeckten Kosten werden entsprechend dem Verhältnis der Einwohnerzahlen (Stand Melderegister zum 31. Dezember des Vorjahres) ermittelt und durch die Stadt Eibenstock als anteilige Umlage gegenüber den Ge-

meinden Schönheide, Stützengrün und der erfüllenden Gemeinde Zschorlau der Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau/Bockau geltend gemacht.

(8) Auf diese Umlage ist eine Vorausleistung von jeweils 50 v. H. der Umlage des Vorjahres jeweils zum 31. Oktober an die Stadt Eibenstock zu leisten. Die Festsetzung erfolgt mit der abschließenden Festsetzung der Umlage für das Vorjahr gemäß Abs. 6.

§ 8

Dauer und Kündigung der Zweckvereinbarung

(1) Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Im Falle einer Änderung der für diese Zweckvereinbarung wesentlichen gesetzlichen Vorschriften oder der Umlagevereinbarung steht es den Vertragspartnern frei, über die Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Gesetzlichkeiten neu zu verhandeln.

(3) Die Zweckvereinbarung kann im gegenseitigen Benehmen aus Gründen des öffentlichen Wohls und gemäß § 60 VwVfG nach Beschluss der Stadt- bzw. Gemeinderäte zum Jahresende unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von

12 Monaten mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, im Einvernehmen mit der oberen Fachaufsichtsbehörde, aufgehoben oder geändert werden.

§ 9

Weitere Vereinbarungen

(1) Ergänzungen bzw. Änderungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform.

(2) Diese Zweckvereinbarung wird im Geiste der Partnerschaft und des ernstesten Willens zur Vertragstreue geschlossen. Eventuell auftretende Unstimmigkeiten sind in diesem Sinne einvernehmlich zu regeln, gegebenenfalls ist Beratung durch die Rechtsaufsichtsbehörde einzuholen.

§ 10

Inkrafttreten, Schlussbestimmungen

Diese Zweckvereinbarung bedarf der Zustimmung der oberen Fachaufsichtsbehörde und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Zweckvereinbarung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Vereinbarung im Sächsischen Amtsblatt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Eibenstock, den 15. November 2021

Uwe Staab
Bürgermeister
Stadt Eibenstock

Schönheide, den 15. November 2021

Günter Möckel
Stellvertretender Bürgermeister
Gemeinde Schönheide

Stützengrün, den 15. November 2021

Volkmar Viehweg
Bürgermeister
Gemeinde Stützengrün

Zschorlau, den 15. November 2021

Wolfgang Leonhardt
Bürgermeister
Gemeinde Zschorlau

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig der Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung von Schulbezirken zwischen der Stadt Grimma und der Stadt Colditz

Vom 6. Dezember 2021

Das Landratsamt Leipzig hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheiden vom 25. Oktober 2021 (Az.: 10112/030.35-080-160-Aufhebung ZV Schulbezirke-2021-ge) auf der Grundlage des § 72 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (Sächs-GVBl. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Bildung von Schulbezirken zwischen der Stadt Grimma und der Stadt Colditz zum Schuljahr 2019/2020 wird rückwirkend zum 31. Juli 2020 genehmigt.

2. Die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung wird durch das Landratsamt Landkreis Leipzig im Sächsischen Amtsblatt bekanntgemacht.

3. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Entsprechend § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 27a Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt die Veröffentlichung zusätzlich auf der Homepage des Landkreises Leipzig, abrufbar unter <https://www.landkreisleipzig.de/bekanntmachungen.html>.

Borna, den 6. Dezember 2021

Landratsamt Landkreis Leipzig
Henry Graichen
Landrat

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485 260
Telefax: 0351 485 2661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

16. Dezember 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 11,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 